

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die halbkoloniale Kolonialzeile 50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wren. Druck von G. A. H. Meißner & Co., beide in Hannover

Verantwortlicher Redakteur: P. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nitolastraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Die Tarifverträge in Deutschland im Jahre 1912.

Soeben hat die Abteilung für Arbeiterstatistik im Kaiserlich Statistischen Amt in einem Sonderheft die Zusammenstellung der Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912 veröffentlicht. Eine fleißige Arbeit! Es ist die erste vollständige Bestandsstatistik der in Deutschland geltenden Arbeitsverträge, d. h. zum ersten Male wurden nicht nur die im Berichtsjahr in Kraft getretenen Tarifverträge, sondern sämtliche, an dem betreffenden Stichtage (diesmal am 31. Dezember 1912) in Geltung befindliche Tarifverträge in Deutschland ihrem Umfange wie Gesamthalte nach zur Darstellung gebracht.

An der Spitze der Arbeit steht das Eingeständnis, daß ohne Mithilfe der Gewerkschaftsorganisationen das Werk nicht hätte geschaffen werden können. Man darf wohl getrost hinzufügen, daß die ganze Arbeiterstatistik in Deutschland heute ohne die wirksame Unterstützung der Arbeiterverbände einfach unmöglich wäre. „Dies Ergebnis“, so heißt es in der amtlichen Drucksache, „wäre nicht zu erreichen gewesen, wenn die freiwillige, eifrige Arbeit der das Material liefernden Stelle, insbesondere der Arbeitnehmerverbände, welche mit Sorgfalt und dankenswerterweise die Aufstellung und Sammlung der Unterlagen der Statistik trotz der damit verbundenen Mühehaltung durchgeführt haben.“

Aber es hätte dieses glänzenden Zeugnisses, womit übrigens die wertvolle Arbeit des Statistischen Amtes in keiner Weise verkleinert wird, nicht bedurft. Aus dem Werke selbst geht deutlich genug hervor, welche reges Interesse die Arbeiterverbände an der Aufstellung der Statistik genommen. Wurden doch von dieser Seite für die vorliegende Bestandsstatistik über 12 437 Tarifverträge als Bestand am Ende des Jahres 1912 gemeldet, während von den Organisationen der Unternehmer nur für 836 Tarifverträge das Material einging.

Nach sehr eingehender Arbeit, Vergleichen, Rückfragen, Ergänzungen, kommt das Statistische Amt zu der Feststellung, daß am 31. Dezember 1912 12 437 Tarifverträge in 208 307 Betrieben mit 1 990 579 überhaupt beschäftigten Personen bestanden. Demnach arbeiten in Deutschland zurzeit sicher zwei Millionen Arbeiter und Angestellte unter tariflichen Vertragsbedingungen. Bei unbefangener Würdigung dieses Ergebnisses, zusammen mit dem vorläufigen Resultat der Streikstatistik von 1913, wonach die Aussperrungen der Unternehmer die Streiks bereits überwiegen, muß sich einem jeden die Ueberzeugung aufdrängen, daß die deutschen Gewerkschaften, weit davon entfernt, „Nur“-Streikvereine zu sein, vielmehr einen gewaltigen Faktor des gewerblichen Friedens darstellen.

Mit der Sammlung der im Deutschen Reich bestehenden Arbeits-Tarifverträge wurde im Jahre 1903 begonnen. Im Jahre 1905 wurde eine zweite Erhebung vorgenommen. Diese waren naturgemäß noch unvollständig. Seit dem Jahre 1907 ist eine regelmäßige Berichtserstattung über die Tarifverträge eingerichtet, die Erhebungsformulare sind vervollkommenet.

Die Entwicklung der Tarifverträge in den letzten sechs Jahren wird in einer Tabelle gezeigt, aus der wir nur folgende Zahlen hervorheben möchten: Ende 1907 waren erst 5324 Tarifverträge vorhanden für 111 050 Betriebe und 974 564 Personen. Der Vergleich mit den eben angeführten Zahlen von 1912 zeigt eine hoch erfreuliche Entwicklung. Zu den Zahlen von 1912 ist allerdings noch zu bemerken: Beseitigt man durch Zusammenziehung zu Tarifgemeinschaften die mehrfachen Zählungen — für das Jahr 1912 ist es auf das Genaueste geschehen —, so wurden am 31. Dezember 1912 die Arbeitsbedingungen von 1 574 285 Personen in 159 930 Betrieben durch 10 739 Tarifgemeinschaften geregelt. Die am 31. Dezember 1912 vorhandenen Tarifverträge nach Gewerbegruppen eingeteilt, ergibt folgendes Bild: An der Spitze steht das Baugewerbe mit 23 Prozent aller Tarife. Ihm folgen die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 20,2 Prozent, Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw. mit 12 Prozent, Holzindustrie mit 11,8 Prozent. Dann geht es in weitem Abstand bis zum Bergbau mit 0,0 Prozent. Die allgewaltigen Zechenbarone sind noch die unumschränkten Gebieter über „ihre“ Arbeiter. Nach der Zahl der beschäftigten Personen gerechnet, bleibt das Baugewerbe an der Spitze mit 37,9 Prozent. An die zweite Stelle rückt aber die Metallindustrie mit 12,6 Proz., während die Nahrungsmittel-Industrie mit 7,6 Prozent an die fünfte Stelle kommt.

Eine weitere Tabelle bringt einen Vergleich der Tarifverträge mit der gewerblichen Berufsstatistik vom 12. Juni 1907. Danach ist am stärksten das polygraphische Gewerbe tariflich gebunden; die Zahl der von Tarifverträgen erfaßten Arbeiter beträgt in diesem Gewerbe etwa die Hälfte (50,8 Prozent) der überhaupt beschäftigten Arbeiter. Dann erfolgt das Baugewerbe mit 46,8 Prozent, die Holzindustrie mit 29,5 Prozent, Bekleidung mit 26,2 Prozent, Lederindustrie mit 22,6 Prozent. Als Kuriosum ersticht man aus der Tabelle, daß auch 77 im Bergbau Beschäftigte (Torfgräber) „tarifmäßig gebunden“ sind. Diese Zahl reicht aber nicht für ein Prozent, es mußte also bei dem 0,0 Prozent verbleiben.

Die Gruppierung der Tarifgemeinschaften nach der Zahl der beteiligten Personen ergibt, daß die Hälfte aller Tarifgemein-

schaften (50 Prozent) Betriebe mit durchschnittlich bis zu zehn Personen umfaßt. Ueber zwei Drittel (69 Prozent) gehören zu denen, welche durchschnittlich bis zwanzig Personen umfassen. Die Mehrheit aller Personen dagegen gehört zu Tarifgemeinschaften, bei denen auf einen Betrieb durchschnittlich mehr als zwanzig Personen entfallen (50,3 Prozent).

Sehr wichtig für die organisierte Arbeiterschaft ist die Feststellung, wie viele der unter Tarifgemeinschaften tätigen Arbeiter organisiert sind. Leider haben für die vorliegende Statistik eine Anzahl Verbände diese Angaben nicht korrekt machen können. Soweit darüber Angaben vorliegen, gehören 54,1 Prozent aller tariflich gebundenen Arbeiter den berichtenden Verbänden an. Dieser Durchschnittsprozentsatz wechselt in den einzelnen Gewerbegruppen zwischen 29,9 Prozent im Baugewerbe, und 93,8 Prozent im polygraphischen Gewerbe.

Die Angaben über die in den Tarifverträgen festgesetzte Arbeitszeit ist gegliedert nach wöchentlicher und täglicher Arbeitszeit, sodann geschieden nach Jahreszeiten (Sommer und Winter). Im Sommer ist die tägliche Arbeitszeit von mehr als 9 1/2 bis 10 Stunden verhältnismäßig am meisten vertreten. Bei 46,6 Prozent der Tarifgemeinschaften mit 37 Prozent der Arbeiter. Im Winter ist die neunstündige Arbeitszeit so stark vertreten, daß sie der zehnstündigen die Wage hält. Ein ähnliches Bild bietet die wöchentliche Arbeitszeit. Für die Mehrheit (56,7 Prozent) beträgt sie über 54 bis 60 Stunden im Sommer. Im Winter ist die unterste Stufe (nur 48 Stunden) verhältnismäßig stark besetzt.

Ueber Arbeitspausen enthalten 7200 Tarifgemeinschaften (von 10 739) Bestimmungen.

Die wichtigsten in den Tarifen festgelegten Bestimmungen sind natürlich die auf den Arbeitslohn bezüglichen. Alle durch Tarifvertrag festgesetzten Löhne bedeuten für den individuellen Arbeitsvertrag Mindestlöhne, d. h. der Lohn, den ein erwachsener Arbeiter mindestens zu beziehen hat. Aus den zahlreichen Tabellen über die Löhne sei folgendes herausgegriffen: Bei dem gelernten Arbeiter ist die Stufe über 45 bis 50 Pf. pro Stunde am meisten besetzt (mit 34,7 Prozent aller Tarifgemeinschaften und 37 Prozent aller beschäftigten Personen), während bei den ungelerten Arbeitern die Stufe über 35 bis 45 Pf. die stärkste Besetzung aufweist, nämlich 47 Prozent der Tarifgemeinschaften und 44,4 Prozent der Arbeiter. Es beträgt danach bei der Mehrzahl der Tarifgemeinschaften (58,9 Prozent) und aller Arbeiter (72 Prozent) der niedrigste Mindestlohn der betreffenden Tarife für gelernte Arbeiter über 45 Pfennig, während es bei der weit überwiegenden Mehrzahl aller Tarifgemeinschaften (74,2 Prozent) und Arbeiter (61,7 Prozent) für die ungelerten Arbeiter 45 Pfennig und darunter beträgt. Es folgen nun detaillierte Angaben über die Wochenlöhne, über besondere Zulage für Kost, Kleidung, freien Trank, Provision usw. Ferner wird über Zuschläge zu den Stundenlöhnen, für Ueberstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit und sonstige Leistungen in verschiedenen Tabellen eingehend berichtet. Wir müssen uns damit begnügen, auf diese Angaben als eine reiche Fundgrube für Spezialbearbeitungen hinzuweisen. Entsprechend der geringen Anwendung der Tarifgemeinschaften auf weibliche Arbeiter enthalten nur 997 Tarifgemeinschaften, welche insgesamt 16 961 Betriebe und 274 268 (männliche und weibliche) Personen einschließen, Bestimmungen für weibliche Arbeiter.

Schlichtungs- und Einigungsorgane sind in 131 616 Betrieben mit 1 278 172 Personen vorgeesehen. Was den Arbeitsnachweis anlangt, so haben 1691 Tarifgemeinschaften (15,7 Prozent) mit 33 832 Betrieben und 230 806 Personen die Benutzung eines Arbeitsnachweises bestimmter Art vorgeschrieben.

Mit dieser kurzen Skizzierung ist der Gesamthalt der statistischen Arbeit noch lange nicht erschöpft. So sind unter anderem in einer Anzahl weiterer Tabellen die Tarifverträge in geographischer Gliederung dargestellt. Es ist, wir wiederholen, eine fleißige Arbeit, die hier unter wirksamer Beihilfe der Gewerkschaften zustande gekommen, womit die von anderen behördlichen Organen geübten Drangsalierungen der Gewerkschaften allerdings in recht eigenartigem Kontrast stehen.

Aus dem Reichstage.

Der Etat für das Reichsamt des Innern steht seit Sonnabend, dem 17. Januar, zur Beratung. Er weist 99 414 374 M. fortdauernde und 16 453 800 M. einmalige Ausgaben auf. Im außerordentlichen Etat treten als Ausgaben noch 4 Millionen hinzu, welche zur Förderung des Baues geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in Betrieben und Verwaltungen des Reiches zur Verfügung gestellt sind. Der vom Reich auf Grund der Reichsversicherungsordnung 1913 geleistete Aufwand von 59 062 000 Mark erhöht sich um 1 942 000 Mark, die am 1. Januar 1914 laufenden Renten werden auf 1 065 153 Mark geschätzt, davon 970 136 Mark Invalidenrenten und 86 017 Mark Altersrenten. Die im Laufe des Jahres wegfallenden Renten werden schätzungsweise auf 105 761 Mark angegeben. Es sind nicht durchweg Altersrenten, die durch Tod der Bezüger wegfallen, vielmehr werden die gewährten Renten entzogen. Einzelne Versicherungsanstalten leisten in Rentenentscheidung ja „Großes“. Im Vergleich zu den Ausgaben für Militarismus und Marinismus verschwinden die Ausgaben des Reiches für soziale Fürsorge und zur Bedeutungslosigkeit. Damit ist auch die Sozialpolitik im Reich gekennzeichnet. Gewisse Schmidt unternahm es, eine großzügige Abrechnung mit den Elementen zu halten, die sich der Sozialpolitik hemmend in den Weg stellen. Da lassen es die Behörden des Reiches selbst an Initiative fehlen. Nur ganz notgedrungen geht man an die Regelung der größten Uebelstände. Mit Gelassenheit und Zaghaftigkeit wird an geradezu schreiende Zustände

herangegangen. Die Industriegewaltigen, unterstützt von den Junkern, liegen der Regierung ja auch mit der Hand im Nacken und lassen etwas Durchgreifendes nicht unternehmen. Der Abgeordnete Schmidt stellte die Müdigkeit auf sozialpolitischem Gebiete in grelle Beleuchtung. Was an Unterlassungen bezüglich des Schutzes der Kinder, Jugendlichen, Verkürzung der Arbeitszeit und Schuß für Leben und Gesundheit der Arbeiter alles geschehen, legte der Redner dar, indem er die sozialpolitischen Forderungen aller Berufe aufzählte. Die Bauarbeiter, die Arbeiter der chemischen Industrie, der Biegeleien, die Gastwirtschaftlichen, die Papierarbeiter usw. haben im Laufe der Jahre Schuß für Leben und Gesundheit gefordert. Aber noch immer warten sie auf Hilfe. Regierungsvertreter und bürgerliche Parteien wollen von einem wirksamen Arbeiterschutz nichts wissen.

Vom Zentrum sind bislang nur Vertreter zum Worte gekommen, die dem Agrarier- und Mittelstandsschuh den Vortritt geben. Da sagten die Regierungsvertreter mehr oder weniger „Jullung der Wünsche zu. Es bleibt bei der Budgetaristokratie, wenn es nach den Wünschen der Regierung geht. Den liberalen Parteien ist der jetzige sozialpolitische Kurs gerade recht. Sie votieren dem Staatssekretär ihren Dank. Die Konservativen fordern läckenlosen Vollschuß und Schuß gegen die Arbeiter. Dieser Schuß soll in Verbot des Streikpostens, Schuß gegen „Mißbrauch“ des Koalitionsrechtes und in schärferem Vorgehen gegen den „Terrorismus“ gegenüber Arbeitswilligen bestehen. Von einer Ausdehnung des Koalitionsrechtes auf die Landarbeiter, die Genosse Krätzig forderte, wollen die Junker, die politisch und wirtschaftlich fast reiflos organisiert sind, natürlich nichts wissen.

Mit den Schreibern gegen den „Terrorismus“ rechnete Heine gründlich ab. Einmal schilderte er unter Anführung von Tatsachen, daß die Unternehmer im Konkurrenzstumpfe einen viel schlimmeren Terrorismus gegen Arbeiter anwenden. Daß sie ferner seit Jahren einen Kampf der Aushungerung und wirtschaftliche Tyrannei gegen die Arbeiter üben, die bessere Arbeitsbedingungen fordern. Sie werden durch Berufserklärung von Ort zu Ort, durch ganze Bezirke, ja durch ganze Land, arbeitslos gesetzt. Von der Arbeit ausgeschlossen werden auch vielfach solche Arbeiter, die auf Grund ihrer persönlichen Entschiedenheit und nicht auf Befehl des Unternehmers sich organisieren wollen. Diese Kriegsmethoden der Unternehmer sind allgemein bekannt. Aber ungehindert, mit einzelnen Ausnahmen auch ungehindert, werden sie geübt. Dann weist Heine nach, wie jetzt schon auf Grund der Hege und der Spruchprozeß organisierte Arbeiter unter ein Ausnahmegesetz gestellt sind. Er fordert Freiheit für die Organisationen, Bewahrung des Koalitionsrechtes an Landarbeiter, Gefinde, Eisenbahnbetriebs- und Eisenbahnarbeiter. Ein sozialdemokratischer Antrag will unter Strafe stellen alle Versuche, die die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und Angestellten hindern. Aus seiner Erfahrung als Anwalt zeigte Heine, wie heute die Streikbrecher sich provozierend benehmen, sich öffentlich rühmen, daß sie Arbeiter lahm, lahm und tolschlagen können. Das Verhalten der Polizei, die Freisprechungen arbeitswilliger Kaufbolde und Würder durch die Gerichte zeigten, daß die arbeitswilligen Prählanje leider recht hätten. Aus Empörung über diese „Rechtslage“ lassen sich dann leider Arbeiter zu Ausschreitungen hinreißen. Die Organisierten ständen den Herausforderungen noch läßl gegenüber. Meistens seien es durch die Schule der Organisation noch nicht oder nicht lange genug gegangene Arbeiter, welche die Selbstbeherrschung verlieren. Die Streikleitungen und die Organisationsvertreter tun alles, um Zusammenstöße mit den wirtschaftlichen Not Helfern zu vermeiden.

Die Debatte wird am Donnerstagabend vertagt. Zubern und Verwandtes ist wieder einmal eine neue Programmnummer. Die Militärs, die wegen ihres schneidigen Vorgehens den Unwillen der Zivilbevölkerung in ganz Deutschland erregt und vor ein Kriegsgericht gestellt wurden, sind freigesprochen worden. Der Oberst Reutter handelte nach einer Kabinettsorder vom Jahre 1820, die steht vor dem bürgerlichen Recht! Der Leutnant Schmidt führte Befehle aus, und Herr Fortner, der Wohlbehavante und von einem Fährlein Bewaffneter Bedeckte, handelte in Notwehr gegen eine vermeintliche Gefahr, als er einen Arbeiter mit dem Säbel über den Kopf hieb. Außerdem wurden das Herrenhaus und das Abgeordnetenhaus auf, weil man dem preußisch-militärischen Geiste nicht im ganzen Reiche pflichtig und Achtung erweist. Daher die neuerliche Auseinandersetzung. Sie geht unter dem Widerspruch der Konservativen über den üblichen Interpellationsrahmen hinaus. Anträge liegen vor, die eine Regelung der militärischen Befugnisse fordern, welche Garantien bieten gegen Wiederholungen von Vorgängen wie in Zabern. Der Abgeordnete Frank war Begründer der sozialdemokratischen Interpellation. Redner wandte sich gegen die Anmaßung der Exekutivgewalt durch das Militär, gegen die Vorhölle des Junkertums in den beiden Häusern der Abgeordneten, gegen das militärische Urteil, gegen die Art der Projektführung und gegen die Bestrebungen, wie gewisse Kreise in jauchender Weise durch Depeschen sich Geltung zu schaffen versuchen. Der Fortschrittler v. Sijst, ordentlicher Professor an der Berliner Universität, führt den unaussprechlichen Nachweis, daß die Verordnung, auf die der Oberst Reutter sich stützt, nicht zu Recht besteht.

Der Kanzler schlägt doch andre Töne an als am 3. Dezember. Außer den Konservativen lehnen die Redner aller Parteien die Rechtsauffassung ab, die in Zabern, im Militärgerichtshof zu Straßburg und auf dem „Freudentag“ in Erscheinung getreten sind.

Dritter Bericht über die internationale Organisation der Fabrikarbeiter.

II.

Das Jahr 1912 ist für alle angeschlossenen Verbände, den bulgarischen ausgenommen, ein Jahr vorwärtsschreitender Entwicklung gewesen. Diese Entwicklung vollzog sich nicht sprunghaft in hohen Ziffern; aber gerade das ruhige Vorwärtsschreiten verbürgt dauernden Erfolg. Den stärksten Zustrom — 18 154 Mitglieder — hat die deutsche Organisation zu verzeichnen. Dann folgt der Dansk Arbeidsmans-Forbund, der im Verhältnis zu der Zahl der organisationsfähigen Kollegen als stärkster Bruderverband auftritt. Der Verband der schwedischen Grob- und Fabrikarbeiter, der infolge des Grossstreiks im Jahre 1910 einen grossen Mitgliederverlust zu beklagen hatte, weist dieses Mal eine steigende Mitgliedsziffer auf. Aus dem Verbands der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs sind 400 Kartonnagenarbeiter

Konturrieren. Wir sehen denn auch, daß allmonatlich eine oder die andre Fabrik ihre Tore geschlossen hat und daß ständig Veränderungen in der Fabrikantenliste vorzunehmen sind. In diesem Jahre, trotzdem erst einige Wochen ins Land gegangen sind, haben bereits wieder zwei Fabriken - Heermann in Hamburg und S. Mohr in Altona - Konkurs anfragen müssen und bei Wöhmer und van Rossum werden wohl dieselben Ursachen daran schuld sein, daß es zu einer „Interessengemeinschaft“ mit Uebe und Goch gekommen ist.

Diese Vorgänge in der Margarineindustrie sind für die Arbeiter nicht ohne Gefahr. Die Margarine ist zu einem Volksnahrungsmittel geworden und - ist die lästige Konkurrenz der kleineren Fabriken erst ausgeschaltet, die ganze Produktion erst in einer Hand vereinigt, dann hat der Verbraucher die Preise zu zahlen, die ihm vom Trust diktiert werden. Von einem „billigen“ Volksnahrungsmittel wird dann allerdings nicht mehr die Rede sein können. Es kommt aber weiter in Betracht, daß besonders die Fabrikarbeiter, die nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten in Betracht kommen, diesen Vorgängen ein wichtiges Augenmerk schenken müssen. Für die meisten Margarinefabriken sind Tarifverträge abgeschlossen; entweder sind diese vom Fabrikarbeiterverband oder vom Verband der christlichen Nahrungsmittelarbeiter oder von beiden zusammen abgeschlossen worden. Daß es möglich war, für den größten Teil der Margarinefabriken Tarifverträge abzuschließen, verdanken die Arbeiter in erster Linie der gesamten organisierten Arbeiterschaft, soweit diese genossenschaftlich organisiert ist. Die Hauptwaffe der Arbeiter bei den Tarifverhandlungen war der Boykott, der die Unternehmer zum Nachgeben zwang. Diese Waffe wird aber selbstverständlich stumpf, sobald die ganze Margarineindustrie unter einem Hut vereinigt ist, denn dann fehlt die Konkurrenz. Der Erfolg der boykottierten Ware, das wissen die Margarineherren sehr genau, ist dann nicht zu beschaffen und hierdurch muß der Boykott wirkungslos werden. Dies mügen auch die Gründe sein, weshalb man in der letzten Zeit schon beobachten konnte, daß verschiedene Fabrikanten bei den Tarifverhandlungen sich ziemlich störrig zeigten und nur mit größtem Widerwillen mit den Arbeitern verhandelten. Es ist nun zu befürchten, daß in absehbarer Zeit ein gewaltiger Kampf zwischen den Arbeitern und den Fabrikanten in der Margarineindustrie entbrennen wird. Die letzteren wollen mit Gewalt das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter vernichten, sie sehnen sich in die Zeit zurück, wo die Arbeiter mit 25 bis 30 Pf. pro Stunde abgepepft wurden und täglich 12 bis 15 Stunden arbeiten mußten. Daß dieser Kampf kommt, das beweisen die Vorgänge der letzten Zeit, wobei in verschiedenen Fabriken ein erbitterter Kampf geführt werden mußte, um zu neuen Tarifabschlüssen zu kommen. Es geht weiter daraus hervor, daß immer wieder Klagen der Arbeiter laut werden, daß einige Unternehmer die abgeschlossenen Tarife nicht innehalten und daß von ihnen ständig versucht wird, die Arbeiter zu reizen und zum Kampfe zu treiben, um diese tarifbrüchig zu machen und hierdurch den lästigen Tarif und die noch lästigere Organisation los zu werden.

Es ist deshalb die Pflicht der Arbeiter, zu diesem Kampfe zu rufen, indem sie ihre Organisation stärken. Leider ist diese zurzeit noch schlecht, weil die Arbeiter zwar die Vorteile des Tarifes gern einstecken, aber zugleich die Verbandsbeiträge sparen wollen. Der größte Teil von ihnen denkt, wir haben den Tarif, der läuft noch einige Jahre, was kann uns da passieren. Die Unternehmer wissen aber ganz genau, wie stark die Organisation in den einzelnen Betrieben ist, und deshalb wollen sie es an den schwachen Stellen zum Konflikt treiben. Das einzige Mittel, das Errungene hochzuhalten und die besonders in den kleinen Fabriken teilweise noch sehr schlechten Arbeitsbedingungen in der Margarineindustrie zu bessern, ist der Zusammenschluß aller Margarinearbeiter im Fabrikarbeiterverband. Wissen die Unternehmer, daß wir zum Kampfe gerüstet sind, daß die Arbeiter vollständig organisiert sind, dann werden sie dem Kampfe aus dem Wege gehen und uns in Ruhe lassen, sonst aber nicht. Deshalb, Kollegen aus der Margarineindustrie, agitiert für euren Verband, sorgt dafür, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin für uns gewonnen wird, dann können wir ruhig dem kommenden Kampf entgegengehen, dann wird auch der Verband zum Siege führen! J. K.

* Der unlautere Wettbewerb im Produktionsprozeß

Spiegelte eine große Rolle in einer Verhandlung, die am 13. Januar d. J. vor der Strafkammer in Gotha stattfand. Als Angeklagter erschien auf der Anklagebank der 33 Jahre alte Vorarbeiter Alfred Köpfer von der Gotthar Schlauch- und Gummiwarenfabrik, A. G., der von der Babischen Gummi- und Noffestfabrik in Düsseldorf-Rath angezeigt worden war auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1910, den unlauteren Wettbewerb betreffend. Köpfer hat früher in der Fabrik in Düsseldorf gearbeitet, 1912 kam er nach Gotha, nachdem er vorher noch in einem Pfortenbetriebe in Bremen tätig gewesen war. Im April 1913 schrieb zum Köpfer einen Brief an den Bruder des Milchmeisters Joh. Felsmann (Düsseldorf), damit dieser für 150 Mark die genaue Mischung ermitteln und mitteilen sollte bezüglich der Zusammensetzung der chemischen Bestandteile für die Gummimischungsringe zu Dampfzylinder. Die Gebrüder Felsmann laten aber dergleichen nicht, sondern händigten den Brief aus Gotha ihrer Fabrikleitung aus, und so kam Köpfer zu der Anlage.

Der Angeklagte, dem ein angesehener Rechtsanwalt zur Seite stand, verteidigte sich wie folgt: Er habe sich eine dauernde Stellung verschaffen wollen, da käme die Summe von 150 Mark mit der Zeit schon wieder heraus, denn die Reize nach Gotha löste ihm 80 Mark. In Gotha hätte er dieselben „Politur“-Platten herstellen wollen, wie es jene in Düsseldorf waren. Er habe schon mal 40 Mark auf ähnliche Weise verausgabt. Früher habe er das Rezept gekannt, später jedoch wohl wieder vergessen, da die Masse nicht in der gewünschten Weise zustande gebracht wurde, er will nicht genau gewußt haben, welche Sorte Rohgummi er habe. Herr Direktor Wölbner habe er gebeten, besseren Rohgummi zu kaufen, was zugesagt worden sei.

Der Direktor der Vereinigten Berlin-Frankfurter Gummiabriken erstattete sein Gutachten dahingehend ab, daß ein Betriebsgeheimnis nicht in Frage kommen könne. Die Bestandteile der betreffenden Mischung seien überall bekannt und die Zusammensetzung nicht geheim im Sinne des Gesetzes. - Direktor Hans Adermann der Paßwerke (Düsseldorf) ist etwas anderer Auffassung, doch kommt er bei seiner Aussage im wesentlichen zu denselben Schlüssen wie sein Kollege Direktor Gretel. Als der Vorliegende erklärt, er sei wohl so wie beim Fabrizieren des Aromatis behaftet dies Herr Adermann, was allgemeine Feindschaft hervorrief. Ein direktes Geheimnis sei die Sache nicht, doch würden die Rezepte nicht preisgegeben, sondern allabendlich in den Selbstschrank eingeschlossen. Überall werde ein bißchen anders fabriziert, nur wenig wichen die Rezepte voneinander ab.

Der Verteidiger macht geltend, daß die Zylinder ein Desterreicher Namens Klinge vor circa 20 Jahren erfunden hat. Die Düsseldorf-Firma habe dann Arbeiter des Klinge und andre Desterreicher engagiert, um das Geschäftsgeheimnis zu erfahren. Dergleichen habe die Firma gegenüber dem Gotthar Gummiwerk gehandelt, indem sie Arbeiter wegengagierete, um eine gewisse Sorte Schläuche anfertigen zu können. - Einiges Interesse verdient auch die Zeugenaussage des Milchmeisters

Joh. Felsmann, der aus Desterreich zu Pahl kam, 45 Jahre alt und verträglich gegen einen Lohn von fünf Mark pro Tag für diese Düsseldorf-Firma arbeitet. In dem Vertrage mit der geringen Entlohnung ist weiter vereinbart, daß Felsmann 1000 Mark Strafe zahlen muß bei Zuwiderhandlungen, während von besonderen Verpflichtungen seitens der Firma nichts gesagt ist. Felsmann hat sich zu „strenger Gewissenhaftigkeit“ verpflichtet und hat „über alles zu schweigen“, somit glaubt er auch dem Gericht über das bestimmte Füllmittel nichts verraten zu dürfen - er schweigt. Die Zusammenfassung des „Politur“-Rezeptes, „sehen Sie sich mal diese Gummimatte hier an, sind das solche, wie sie bei Ihnen in Düsseldorf gemacht werden?“ Zeuge: „Ja, untreue sind schön.“ (Gelächter.) Vor.: „Liegt das Material offen im Betriebe?“ Zeuge: „Ja, aber die Rezepte muß ich jeden Abend abliefern, die werden in den Selbstschrank gelegt. Pahl hatte sie schon, als ich zu ihm kam, es gibt circa 1000 Rezepte. Wir machen auch die unzerstörbaren Platten und haben 98 verschiedene Farben. Klinge hat die Sachen anfangs viel besser gemacht, als sie jetzt die Konkurrenz macht.“ Der Bruder, der den Brief abgegeben hat, ist im Wert der Betriebsbesichtigung.

Der Verteidiger weist in seinem Plaidoyer nochmals darauf hin, daß die Düsseldorf-Firma in unlauterer Weise in den Besitz anderer Betriebsgeheimnisse gelangte, auch verfuere sie so bei Anwerbung ihrer Arbeiter. Eine Erfindung der Firma komme jedenfalls hierbei nicht in Frage. Der Angeklagte habe die Mischung seit 1902 gekannt, danach gearbeitet und nur kleine Veränderungen der in Anwendung zu bringenden Füllmittel seien es gewesen, die den Anlaß des Briefes gaben. Hauptbestandteile der Mischung kamen gar nicht in Betracht. Der Angeklagte sah darin kein Geheimnis. Es bestehe somit nur ein eingetragenes Betriebsgeheimnis.

Das Gericht kam zu einer Verurteilung des Angeklagten. Die Anfertigung der Platten sei in Gotha anfangs doch mißlungen und wollte der Vorarbeiter und Leiter des Milchwerks V. Köpfer die Mischung in allen Einzelheiten „ganz genau“ aus Düsseldorf erfahren. Er ist mit seinem Schreiben den dortigen Milchmeister indirekt angegangen und bot die hohe Summe von 150 Mark, was er alles nicht getan haben würde, wenn es sich nur um Kleinigkeiten gehandelt hätte. Das Urteil lautete auf 100 Mark Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten. Es sei der Tatbestand der §§ 17, 18 und 20 des betreffenden Gesetzes erfüllt und ein schwerer Verstoß festgestellt worden. Bei Nichtbeitragsung der Geldstrafe tritt an Stelle von je 5 Mark 1 Tag Gefängnisstrafe.

* Warby. Seit mehr als sechs Jahren lag die hiesige Zuckerraffinerie still. Im vorigen Herbst hat nun die Firma Michaelis u. Ko., die in Hamburg-Schulau eine Zuckerraffinerie besitzt, die vorigen Sommer durch Feuer zum Teil zerstört wurde, die Fabrik in Betrieb genommen. Leider sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei der Firma durchaus nicht vorbildlich. Namentlich die Behandlung der Arbeiter durch einige Meister ist reformbedürftig. „Faule Bande“, „Sippchaft“ usw. sind Proben aus dem Wortbuch einiger dieser Herren. Dagegen behandelt man die Arbeiterinnen besser. Warum, das entzieht sich unserer Kenntnis. Der Stunden- sowie der Akkordlohn ist sehr niedrig. Er führte schon einmal zur Arbeitslosigkeit. Auf ein paar Stunden ruhte der ganze Betrieb. Den äußeren Anlaß bildete damals die Entlassung von 15 Kollegen, die sich weigerten, an den Zentrifugen für den belandenen gegebenen Lohnsatz, bei dem 2,60 Mark pro Tag als Höchstsumme erzielt wurden, zu arbeiten. Nach längerem Verhandeln mit der Betriebsleitung wurde den Arbeitern eine bessere Behandlung sowie mehr Lohn versprochen. Am 12. Januar fand nochmals eine Sitzung statt, an der auch die Direktoren teilnahmen. Von ihnen wurde gewünscht, daß solche „Gezesse“ nicht wieder vorkommen möchten. (Ein schlägender Beweis, wie sehr die Unternehmer die Untauglichkeit der Arbeiter fürchten.) Weiter wurde damit gedroht, Arbeiter aus Magdeburg, Zangermünde und Hamburg-Schulau kommen zu lassen. Immerhin zeigten die Herren einiges Entgegenkommen, so daß scheinbar ein Frieden zustande kam. Doch der dauerliche nicht lange. Schon am Donnerstag, dem 15. Januar, wurden die im Speicher beschäftigten Arbeiter entlassen, darunter unser Vertrauensmann der Fabrikstelle. Die agitatorische Tätigkeit des letzteren scheint überhaupt der Betriebsleitung ein Dorn im Auge gewesen zu sein. Allen Unheimlich nach wußte man nicht, wie man es anfangen sollte, ihn unbeschert hinauszuwerfen. Deshalb wurden noch vier Mann mit abgelohnt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Dies Ding war ja nun doch zu dumm gedreht. Arbeitsmangel, und dabei sind denselben Abend noch 5 Mann, am anderen Morgen weitere 9 Mann eingestellt worden. Man merkte es doch zu gut, daß dies nur ein Schlag auf unsere Organisation sein sollte. Um zu verhindern, daß wieder der ganze Betrieb ruhte, hatte man die Entlassung am Abend vorgenommen und noch einen Tag extra bezahlt. Ein solches Verhalten der Unternehmer sollte jeden Arbeiter und jede Arbeiterin veranlassen, der Organisation beizutreten, denn nur geschlossen und einig können wir der Unternehmerngegnung entgegenreten. Aber nicht durch Wichtigtuerei und Schmarotzerei, wie leider einige Fälle zu verzeichnen sind.

Die Einrichtungen zur Gesundheit der Arbeiter lassen noch viel zu wünschen übrig. Speiseraum, Bade- und Waschanstalt sowie Klosetträume sind in einem wenig vorbildlichen Zustande. Trinkwasser ist überhaupt nicht da. An manchen Stellen sind Schilder angebracht: „Hier ausspucken!“, doch man sucht vergeblich nach den Spundnapfen. An gelichteten der hier gelichteten Zustände bitten wir die auswärtigen Kollegen dringend, nicht auf die verlockenden Angebote der Firma zu achten. Kommen die am Orte wohnenden Arbeiter bei 30 Pf. Stundenlohn nicht zurecht, so fällt es den auswärtigen noch schwerer, ihre Familie über Wasser zu halten.

* Kelterbach b. Mainz. Bei der Vertreterwahl zur Betriebskrankenkasse der Kunstseidenfabrik stellten die im Fabrikarbeiterverbande organisierten Kollegen der Fabrikpartei eine Liste entgegen. Auf die Liste des Verbandes der Fabrikarbeiter entsfielen 16 Vertreter und 32 Ersatzleute, auf die Liste der Fabrikpartei 4 Vertreter und 8 Ersatzleute. Bravo!

* Sebnitz. Anlässlich des Ausscheidens des Kommerzienrats Mey aus der Firma Mey u. Ko. brachte das „Grenzblatt“ einen schwalligen Dankartikel über dessen Verdienste um die Blumenindustrie. Es ist nicht zu bestreiten, daß Herr Mey mit Erfolg versucht hat, zur Entwidlung der Blumenindustrie manches beizutragen. Daß man ihm dies aber als persönliches Verdienst um die Allgemeinheit anrechnet und ihn als Wohlthäter der Stadt und weiteren Umgebung preist, ist für die bürgerliche Presse selbstverständlich. Wir haben darüber andre Ansichten. Was Herr Mey für die Industrie hier am Orte auch getan haben mag, war zunächst nur sein rein persönliches Interesse. Er wollte, daß sich sein in den Betrieb gestecktes Kapital recht gut verzinsen sollte. Das ist denn auch der Fall gewesen. Herr Mey brachte es zum Millionär und Kommerzienrat. Die Arbeiter haben von dem Millionenvergen nichts gespürt. Sie sind noch genau so arme Teufel geblieben, wie sie früher waren. Die Arbeitsverhältnisse sowie die Löhne haben die Arbeiter nie besonders für diesen Betrieb begeistern können. Gewiß gibt es einen Stamm alter Arbeiter, aber neben diesem ist der Wechsel außerordentlich groß. Das „System“ Mey ist wohl bekannt und berühmt, aber durchaus nicht beliebt, denn gerade in diesem Betriebe kommt es am häufigsten zum Ausbruch, daß nur - aber auch nur - den Interessen des Unternehmers zu dienen ist.

Als besonderes Verdienst wird es Herrn Mey angekreidet, daß er den Wert der Heimindustrie erkannte und damit für viele Beschäftigung brachte. Wenn Herr Mey dafür ein besonderes Verdienst gebührt, so kann ihm höchstens der Dank der Unternehmer dafür gezollt werden. Die Heimarbeiterrinnen haben dazu nicht die geringste Ursache. Durch die Heimindustrie sind die Löhne der Fabrikarbeiter niedrig gehalten worden, weil die Frauen und Kinder ja auch etwas verdienen können. Außerdem sind die Heimarbeiterlöhne so herabgedrückt, daß sie gegenüber den auch nicht hohen Löhnen in den Fabriken als geradezu läglich und mißverbal bezeichnet werden müssen. Wenn Herr Mey um die hiesige Industrie besondere Verdienste aufkommen, so mögen ihm die danken, die durch ihn mit zu Reichtum gelangt sind. Die Arbeiterpartei hat keine Ursache, ihn als Wohlthäter zu loben und zu preisen. Das Märchen vom „Brotgeber“ für so viele ist längst überlebt. Wissen wir doch, daß das Brot für die Arbeiter niemals in größeren Portionen verausgabt wurde, als zum unbedingten Lebensunterhalt notwendig war, wobei es Herr Mey zu Würden und Ehren brachte und er sich jetzt von seiner Tätigkeit zurückziehen kann, während die Arbeiter eben immer noch Arbeiter bleiben dürfen, solange es Beschäftigung gibt.

Korrespondenzen.

Braunschweig. (S a h r e s b e r i c h t.) Das vergangene Jahr stand im Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges. Die Folgen desselben machten sich auch in unserer Verwaltungskasse durch größere Futuation der Mitglieder, durch vermehrte Arbeitslosigkeit usw. bemerkbar. Wenn wir trotzdem mit dem Jahre 1913 zufrieden sein können, so haben wir das dem Umstände zu danken, daß unsre am Orte zuständigen Industriezweige im vergangenen Jahre gut beschäftigt waren. Wir konnten unsre Mitgliederzahl noch um 307 gegen das Vorjahr vermindern, dieselbe betrug am 31. Dezember 1913 3604 männliche und 1756 weibliche, gleich 5360 insgesamt.

Die Einnahmen der Hauptkassen haben zum ersten Male seit dem Bestehen der Verwaltungskasse die Hunderttausend überschritten. Dieselben betragen 101 676,35 Mark. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 34 150,40 Mark, die Ausgabe 30 008,58 Mark. Der Kassensolde betrug am 31. Dezember 1913 42 144,60 Mark. Die Lokalkassensolde betrug 18 162,97 Mark in Einnahme und Ausgabe. Arbeitslos waren 582 männliche und 443 weibliche Mitglieder; dieselben bezogen für 18 776 Unterstützungsstage 17 460,20 Mark. An Krankenunterstützung wurden 27 578,55 Mark gezahlt, an Reiseunterstützung 539,20 Mark. Die Gesamtunterstützung inklusive Streikunterstützung betrug mit Lokalkassen- und Sterbekasse 77 044,56 Mark.

Lohnbewegungen hatten wir im vergangenen Jahre 7 zu führen. Fünf davon wurden auf gutlichem Wege erledigt, zwei durch Streiks. Am 24. Dezember 1912 legten die Kollegen der W a n d s t r i e f e n f a b r i k von Bantler u. Co. (Inhaber Forst) in Wroßem die Arbeit nieder. Durch Anschlag war den Arbeitern eine erhebliche Herabsetzung der Akkordlöhne angekündigt. Trotz mehrmaligem Verhandeln der Organisationsleitung mit Herrn Forst war eine Einigung nicht zu erzielen. Erst am 23. März, nach dreizehnwöchigem Kampfe, kam eine Vereinbarung, die zur Beilegung der Differenzen führte, zustande. Am 1. August wurde dann ein neuer Tarif abgeschlossen. Durch diesen Abwehrkampf resp. durch Abschluß des Tarifes wurde für 18 Arbeiter eine Herabsetzung des durchschnittlichen Wochenverdienstes von 1,33 Mark, gleich 24 Mark, abgewehrt. Erreicht wurde ferner für 30 Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung des Wochenverdienstes von 1,20 M., gleich 36 M., pro Woche. Für drei Kollegen - eine Verschlechterung des Wochenverdienstes von 2 M. = 6 M.

Der mit der Papierwarenfabrik von L. Fr. Kollemer (Inhaber Gustav Bruer) abgeschlossene Tarifvertrag war am 1. Mai abgelaufen. Derselbe wurde rechtzeitig verlängert. Am 28. April wurde ein neuer Tarif abgeschlossen. Derselbe bringt 90 Personen eine durchschnittliche Lohnserhöhung von 1,20 M. pro Woche.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bichorienfabrik von J. G. Hauswald stellten am 21. Januar Forderungen. Erzielt wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit für 23 Arbeiter um je 3 Stunden pro Woche, der Stundenlohn der Arbeiter wurde außerdem um 3 Pf., der der Arbeiterinnen von 22½ auf 24 Pf. erhöht. Zwei Lütenleberinnen erzielten ferner eine Erhöhung des Akkordlohnes um 10 Pf. pro Tausend.

Die Kollegen und Kolleginnen der Bichorienfabrik von G. Schmidt u. Co. erzielten durch eine Lohnbewegung eine Erhöhung ihres Wochenlohnes um durchschnittlich 1,47 M. Der Akkordlohn der Lütenleberinnen wurde ebenfalls um 10 Pf. pro Tausend erhöht.

Gemeinsam mit dem Verbands der Sattler hatten wir bei der Gummi-Zentrale und Gleitschuhfabrik der wirtschaftlichen Vereinigung kraftfahrender Werzte Deutschlands eine Wohnforderung eingereicht. Von unserm Verbands kamen 13 Kollegen in Frage. Durch längeres Verhandeln wurde eine Aufbesserung des Lohnes um durchschnittlich 1,49 M. pro Woche erreicht. Der Abschluß eines Tarifvertrages war nicht zu erreichen, obgleich die Werzte sonst doch so sehr für den Abschluß von Tarifverträgen sind.

Mit dem Verbands der Steinseher gemeinsam reichten wir für unsre bei den Steinsehermeisteren beschäftigten Kammer Lohnforderungen ein. Nach fünfzigem Streik kam ein Tarifvertrag zustande. 24 Kollegen erhielten eine Wohnserhöhung von 3,32 M. pro Woche, außerdem eine Erhöhung für Ueberstunden, Sonntagsarbeit usw.

Im Oktober stellten die Hilfsarbeiter der Firma Grotian, Steinweg Nachfolger, Pianofortefabrik, Lohnforderungen. Folgendes Zugeständnis wurde gemacht: Der Lohn beträgt ab 1. Januar 1914 Anfangslohn 37 Pf. pro Stunde, nach einem halben Jahr werden 38 Pf. gezahlt, nach einjähriger Beschäftigung 39 Pf., nach zweijähriger Beschäftigung 40 Pf., nach dreijähriger Beschäftigung 41 Pf. und nach vierjähriger Beschäftigung 42 Pf. pro Stunde. Für 29 Kollegen bedeutet dieses Zugeständnis eine Wohnserhöhung von 1,42 M. pro Woche und Mann. Der durchschnittliche Wochenverdienst erhöht sich von 20,52 M. auf 21,95 M.

Der im Jahre 1911 mit den Zementwarenfabrikanten abgeschlossene Tarifvertrag läuft am 1. April 1914 ab; derselbe wurde von uns rechtzeitig am 31. Dezember 1913 verlängert.

Das Gesamtergebnis unserer Bewegungen war: 208 Mitglieder erhielten eine Wohnserhöhung von wöchentlich 307,40 Mark, 23 Mitglieder eine Verkürzung der Arbeitszeit um je drei Stunden pro Woche.

Die in diesem Jahre aufgenommene Statistik über die politische und genossenschaftliche Tätigkeit unsrer Mitglieder hatte folgendes Resultat: Beantwortet wurden 4341 Karten. Davon waren: 1359 Kollegen Mitglied des Arbeitervereins, 2126 Kollegen Mitglied des Konsumvereins, 899 Kollegen im Besitze des Bürgerrechtes, 2509 Kollegen Leser des „Volkstreuendes“, 836 Kollegen Leser bürgerlicher Blätter. Das Resultat hat sich wenig gegen das Vorjahr geändert.

Durch den Tod haben wir in diesem Jahre 39 Mitglieder verloren (29 männliche und 10 weibliche). Das Durchschnittsalter der verstorbenen Kollegen betrug 49½ Jahre, das der weiblichen Mitglieder 44½ Jahre.

Die meisten Todesfälle (beinahe 50 Prozent, nämlich 17 von 39) hatten wieder Erkrankungen der Atmungsorgane (Lungenleiden) als Ursache.

Eine im Vorjahre bearbeitete Statistik gibt Aufschluß über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, über das Alter, die Wohnungsmieten usw. unsrer Mitglieder. Der Durchschnittsverdienst unsrer männlichen verbeiterten Mitglieder betrug pro Stunde 39,4 Pf., der Wochenverdienst 22,46 M. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 57 Stunden, das Durchschnittsalter 41 Jahre, 4 Monate. An Wohnungsmieten zahlten unsre Mitglieder durchschnittlich 206,64 M. = 15,4 Prozent ihres Einkommens. Dafür standen ihnen durchschnittlich 3¼ Räume zur Verfügung. Jeder Raum kostete also 53,79 M. Die 2963 Mitglieder hatten 4216 Kinder unter 14 Jahre.

In den einzelnen Industriezweigen betragen die Durchschnittslöhne: in der Konfektionsindustrie pro Woche 24,34 Mark für männliche und 13,95 M. für weibliche Mitglieder, in der Ziegelei-, Zement- und Tonwarenfabrik pro Woche 24,83 M.; in der chemischen Industrie pro Woche 24,57 M., in der Bichorienindustrie pro Woche 20,59 M. in der Zuckerindustrie pro Woche 18 M. für männliche Mitglieder.

Besser als alle Vorträge zeigen uns diese Erhebungen, wie notwendig die Arbeiter ihre Organisation haben, denn nur durch diese ist es möglich, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen.

Röln. (S a h r e s b e r i c h t.) Infolge der eintretenden Wirtschaftskrise, die sich in den Betrieben am Orte scharf bemerkbar macht, sind die Positionen, die wir am Schluß des vorigen Jahres begehren, nur teilweise in Erfüllung gegangen. Die Verwaltung der Zählstelle hat im verflorenen Jahre versucht, die Zählstelle auf eine festere Grundlage zu stellen. Der Vertrauensmännerversammlung wurde reorganisiert, das Versammlungswesen einheitlich geregelt. Die verschiedenen Industriezweige wurden in Sektionen eingeteilt. Neben der Agitation durch Betriebsversammlungen wurde namentlich die Hausagitation eifrig gepflegt, bei der 270 Mitglieder gewonnen wurden; ein Beweis, daß dies die beste Agitation ist, wenn sich die Kollegen dazu bereitfinden.

Am allgemeinen war das Verbandsleben auch im Berichtsjahre ein äußerst reges. Es fanden statt: 311 Betriebsversammlungen, 57 Vertrauensmännerversammlungen, 64 Verhandlungen mit Unternehmern, 82 Mitgliederversammlungen, 23 Hausagitationen, 14 Sitzungen mit anderen Gewerkschaften und zehn öffentliche Versammlungen. 118 000 Einladungszeitel und Zirkulare und 30 000 Flugblätter wurden verteilt. Neuaufnahmen wurden im Berichtsjahre 1199 gemacht. Leider müssen wir auch in diesem Jahre konstatieren, daß nur ein kleiner Teil dem

Übersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1913.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl (männl., weibl., zusammen), Zu- oder Abnahme gegen das 3. Quartal 1913, Arbeitslose Mitglieder am Orte (männl., weibl., zus.), and various columns for Verbandunterstützung (a) am Orte and (b) auf der Reise.

Folgende Zahlstellen haben die statistische Berichtstarke nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht eingeleitet: Gau 1: Göttingen, Wülfenbeck, Bisselshövede. Gau 3: Mittenwalde. Gau 4: Beuthen, Goyerswerda, Kattowitz. Gau 8: Wurzbach. Gau 10: Freising. Gau 11: Wangen. Gau 14: Döhlen, Goch, Lüdenscheid. Gau 15: Hemmorn.

Verbande trenn blieb. Namentlich in den hiesigen Bleiweißfabriken ist der Wechsel sehr groß. Hunderte werden gewonnen, in einigen Wochen sind sie der Organisation wieder verloren.

Zur Belehrung und Ausbildung der Funktionäre wurde im Berichtsjahre ein Vortragszyklus abgehalten, der sich auf sechs Abende erstreckte. Als Vortragssthemata hatten wir gewählt: Deutsche Geschichte von der französischen Revolution 1789 bis zur deutschen Revolution 1848.

In zwölf Lohnbewegungen sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder verbessert worden. Anfang Januar gelang es uns, bei der Firma Reich u. Bredt, Zuckerraffinerie in Köln, den Stundenlohn um 3 Pf. zu erhöhen.

Auf der Gummiabrik von The Radium Rubber Co. in Dellbrück kam es Anfang Mai zu Differenzen. Die Arbeiterinnen in der Weberei wurden mit einem Lohnabzug bedroht.

Der Firma Keller Witwe, Hornwarenfabrik in Braunsfeld, wurde von der Organisation ein Tarifvertrag unterbreitet. Die Firma lehnte einen Tarifabschluß ab.

Einen bedeutend besseren Erfolg erreichten die Kollegen auf der Chemischen Fabrik von Kaderjatt in Köln. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde der Stundenlohn von 45 auf 50 Pf. die Arbeitstage um 10 Prozent erhöht.

Bei der Firma Klein u. Keinsen, Margarinewerke in Köln, war der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarifvertrag abgelaufen. Von unserer Seite wurde der Firma ein neuer Vertrag unterbreitet. Es kam wieder ein Tarifabschluß zustande.

Einen ähnlichen Erfolg errangen auch die Kollegen bei der Firma Benedikt Klein, Margarinewerke in Ehrenfeld. Auch hier gelang es uns, den abgelaufenen Tarif auf weitere drei Jahre zu erneuern.

Im Dezember kam es an der Gummiabrik von The Radium Rubber nochmals zu Differenzen. Der Direktor war die Organisation der Arbeiter ein Dorn im Auge.

Einem ähnlichen Erfolg errangen auch die Kollegen bei der Firma Benedikt Klein, Margarinewerke in Ehrenfeld. Auch hier gelang es uns, den abgelaufenen Tarif auf weitere drei Jahre zu erneuern.

Einem ähnlichen Erfolg errangen auch die Kollegen bei der Firma Benedikt Klein, Margarinewerke in Ehrenfeld. Auch hier gelang es uns, den abgelaufenen Tarif auf weitere drei Jahre zu erneuern.

In der hiesigen Nahrungsmittel-Industrie gelang es uns, zwei weitere Tarifverträge abzuschließen, und zwar bei den Firmen Matthias Krings und Matthias Koll, Marinieranstalten in Köln. In beiden Betrieben wurde für die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen eine durchschnittliche Lohn-erhöhung von 2 M. pro Woche erl.

Einen ansehnlichen Erfolg errangen auch die Arbeiter und Arbeiterinnen durch ihren Eintritt in die Organisation bei der Firma Schöen, Zellpapierfabrik in Köln-Nippes. Die ständige Entwicklung unserer Organisation veranlaßte die Firma, eine allgemeine Lohn-erhöhung von 2 Pf., ferner Erhöhung der Arbeitstage und einige sonstige Verbesserungen einzutreten zu lassen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Jubiläum im Bildhauerverband.

In unsern Zentralverbänden ist wieder ein Jubiläum zu verzeichnen: Vor 25 Jahren, zu Beginn des Jahres 1889, begann der neugewählte Vorstand des Unterstützungsvereins der Bildhauer seine Tätigkeit.

Obgleich der Bildhauer mit an der Spitze der deutschen Gewerkschaften. In den neunziger Jahren, zu einer Zeit, in der die übrigen Gewerkschaften erst härtere gewerkschaftliche Ansprüche zeigten, waren die Bildhauer zunächst den Bruchdrückern prozentual am stärksten organisiert.

Mit diesem Jubiläum der Organisation blüht der erste Vorsitzende des Verbandes, Paul Dupont, auf eine 25jährige Tätigkeit als Vorsitzender des Verbandes und Redakteur des Fachorgans zurück.

Rundschau.

Eine Lehre für Arbeiter.

Der Besitzer des Kreuznacher Brauhauses in Kreuznach, Herr Nikolay, erließ vor einiger Zeit vier Arbeiter mit der Begründung: „Sie sind im Verband, Sie schmeiße ich raus!“

Wenn die Arbeiterkraft in Kreuznach einmal so stark ist wie in Frankfurt und Mainz, dann gebe ich auch nach und bewillige die Forderungen der Arbeiter.“

Wenn die Arbeiter stark sind, dann gibt Herr Nikolay nach, eher nicht. So lange er sie unterdrücken und abweisen kann, um er's. Geht das aber nicht mehr, dann hüllt er sich schließlich noch in die Toga des einflussreichen Mentorenfreundes, der die Forderungen der Arbeiter anerkennt und gern erfüllt.

Die Arbeiter aber sollten aus dem Geständnis des Herrn Nikolay die einzig richtige Lehre ziehen, nämlich, daß sie stark, d. h. einig sein müssen, wenn sie etwas erreichen wollen.

Verbandsnachrichten.

Statistik. - Graue Karten.

Im Monat Januar sind die grauen Karten bis zum 4. Febr. einzusenden. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum

9. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgehen muß.

Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 31. Januar.

Vom 20. Januar an gingen bei der Hauptklasse folgende Beträge ein:

- Göttingen 20,35. Minden i. Westf. -50. Hamburg 14 162,93. Altenburg (S.-M.) 2465,51. Brunsbüttelkoog 737,79. Stromberg 154,44. Wangen 79,02. Z. 4160,70. Hohenstedt 93,04. Goyerswerda 73,34. Gr.-Möhlen 63,12. M.-Glabach 38,58. Bad Weidenghall 29,49. Bochum 19,51. Ertz 17,39. Heitstedt 6,95. Stettin 9000,-. Lübeck 4950,95. Flensburg 3586,93. Bergedorf 2256,47. Rassel 1623,62. Kolmar i. P. 403,60. Preetz i. S. 248,13. Benndorf 147,34. Sandbach i. D. 45,40. Philippsburg 35,33. Rinteln 28,20. Vornburg 9,-. Varmen 4,50. Hannover 13 172,12. München 4846,56. Waltershausen 500,-. Oldisleben 93,96. Wunsiedel 766,28. Bodenwerber 294,67. Danzig 190,51. Pordheim 165,18. Jossen 144,37. Dehme 101,29. Hagen i. Westf. 99,16. Straßburg i. E. 120. Berlin 11 493,12. Ronstanz 100,72. Rothenburg o. d. T. 169,44. Hönningen a. Rh. 146,94. Oldenburg i. Gr. 20,04. Speier 20,-. Friedland i. M. 2,-. Pöschel 747,50. Merseburg 539,90. Rheinfelden 188,62. Straßburg i. Elz. 152,65. Rheinfelden 2,47.

An Versicherungsbeiträgen gingen ein:

- Nachen -80. Stettin 36,85. Hagen i. Westf. -55. Meß -20. Oldenburg i. Gr. 2,80. Schluß: Sonnabend, den 24. Januar, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1913 haben eingeleitet:

- Göttingen, Kamenz, Bergedorf, Bries, Offenbach, Cutin, Sandbach, Hocht, Ertz, Preetz b. Kiel, Burg auf Schwan, Herzberg a. S., Bromberg, Oldisleben, Goyerswerda, Bad Weidenghall, Bochum, Heitstedt, M.-Glabach, Kattowitz, Kolmar i. Posen, Gransee, Meß, Philippsburg, Benndorf b. Köln, Stendal, Rinteln, Andernach, Altenburg, Dehme, Pamela, Hannover, Frankfurt a. Main, Hagen i. W., Peine, Pordheim, Großheßen, Mühlenbeck, Danzig, Strelitz, Groß-Möhlen, Bodenwerber, Hönningen, Oldenburg, Wunsiedel, Weiskens, Frankenthal, Jastrow, Jossen, Freiburg i. Br., Straßburg, Merseburg, Hohenstedt.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

- Zena. 10 Pf. pro Woche und Mitglied. Nordhausen. 10 Pf. pro Woche und männliches Mitglied. 5 Pf. pro Woche und weibliches Mitglied.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetreten in.

Neue Adressen und Adressänderungen.

- Goch. Valentin Hans. Mariawasserstraße 109c. Kolmar i. Posen. Karl Kühn, Lindenstraße 30. Otto Siebert, Moonstraße 16. Krefeld. Joseph Pohls, Urdingen a. Rh., Nordstraße 13. Rendsburg. Christian Neve, Königstraße 23. Sebnitz. 1. Bevollmächtigter Gustav Krause, Waldstraße 320D, 3. St. Geschäftsführer Emil Reichold, Herrigs-walder Straße 140. Solingen. Gustav Finkhäner, Solingen II, Heidberg 13. Stendal. Wilhelm Bar, Wahrenburg b. St., Stendaler Str. 22. Thann i. Elsaß. August Wüller, Halleinstraße 35. Warin i. M. Friedrich Lembke, Hirtenstraße 195. Hané Gricje, Mühlendammstraße.

Durch den Vorstand können bezogen werden: „Proletarier“ von 1910, 1911, 1912, 1913. „Korrespondenzblatt“ von 1891 bis 1899, 1909, 1912. „Geschichte der Arbeit in der chemischen Industrie.“ Protokoll vom Kaliarbeiter-Kongress. Protokoll von der Papierarbeiter-Konferenz. Protokolle vom 1. bis 4. und vom 7. bis 11. Verbandstag. Terror. Von F. Klüß, Magdeburg.

Chemische Industrie

Die Kaliindustrie im Jahre 1913.

Ueber den Stand und die Entwicklung der Kaliindustrie im Jahre 1913 werden zurzeit Zahlen bekannt, die deutlich zeigen, daß es in dieser Industrie zu einer ruhigen Weiterentwicklung vorläufig noch nicht kommen wird. Immer mehr neue Schächte werden gebohrt, immer mehr neue Werke beginnen mit der Förderung und immer tiefer sinkt die Förderquote für jedes einzelne Werk. Es ist ein volkwirtschaftlicher Standal, der kaum seinesgleichen hat, daß in einer Industrie, für die alle Vorbedingungen zu einer günstigen Entwicklung gegeben sind, ungemessene Kapitalien verlobert und verschleudert werden. Obwohl die vorhandenen Werke nicht nur den jetzigen Bedarf, sondern auch noch einen erheblich gesteigerten Vorkauf decken könnten, werden immer neue Werke begonnen und in Betrieb gesetzt. Im Jahre 1913 stieg die Zahl der fördernden Schächte von 114 auf 160, also um 46 oder um rund 40 Proz. Da der Absatz an Kali durchaus nicht in gleichem Tempo steigt, die neuen Werke aber Anspruch auf Beteiligung am Absatz haben, sinkt die Förderziffer für alle Werke. Die Folge ist Entlassung von Arbeitern auf den alten Werken. Auch gehen naturgemäß die Gewinne der Kaliwerke zurück. Bei einer Gegenüberstellung der diesjährigen Ergebnisse von 26 Gewerkschaften mit den vorjährigen ergibt sich, daß für die ersten drei Quartale das Gesamtergebnis von 19,60 Millionen Mark auf 17,72 Millionen Mark, also um 9 1/2 Prozent zurückgegangen ist. Dieser Rückgang wird aber in den kommenden Jahren voraussichtlich noch schärfer werden. Es sind nämlich noch rund 90 Schächte im Bau begriffen, von denen voraussichtlich etwa 45 im Laufe des Jahres 1914 in den Genuß einer vorläufigen Beteiligung treten werden. Dann wird zweifellos eine weitere Herabsetzung der Förderziffer eintreten, wenn nicht vorher durch gesetzliche Maßnahmen die Dinge in eine andre Richtung geschoben werden. Das ist allerdings wahrscheinlich. Die Regierung hat eine Novelle zum Kaligesetz angekündigt und wird sie voraussichtlich bald vorlegen. Die Kalikapitalisten wollen allerdings von einem neuen Gesetz nichts wissen. Vor allem deshalb nicht, weil sie befürchten, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstage bei der Beratung eines solchen Gesetzes wiederum alles daran setzen würden, um auch für die Arbeiterchaft der Kaliindustrie einige Vorteile herauszuholen. Und da die Sozialdemokratie jetzt weit mehr Vertreter im Reichstage hat als bei der Beratung des geltenden Kaligesetzes, dürfte ihr die Durchsetzung ihrer Forderungen auch weit leichter sein. Daher die Angst der Kalikapitalisten vor gesetzlichen Eingriffen.

Die Arbeiter der Kaliindustrie, die unter den gegenwärtigen Zuständen nicht wenig leiden, haben keinen Grund, ein neues Kaligesetz zu fürchten. Im Gegenteil, es kann nur zu ihrem Vorteil ausfallen, wenn durch ein wirklich brauchbares Gesetz nicht nur die kapitalistischen Konkurrenzmanöver, sondern auch die kapitalistischen Ausbeutungspraktiken eingeschränkt werden.

Risiko der Arbeit in der Badischen Anilin- und Sodafabrik.

Die Bahnhofsstelle Ludwigshafen veröffentlicht alljährlich eine Zusammenstellung der ihr bekannt gewordenen Unfälle in der „Anilin“. Die so zusammengestellte Liste ist allerdings unvollständig, denn es kommt eben nur ein sehr geringer Teil aller Unfälle im Betriebe zur Kenntnis der Verbandsleitung. Die Betriebsleitung trifft nämlich umfangreiche Vorkehrungen, um das Bekanntwerden der Unfälle zu verhindern. Sie folgt damit allerdings nur dem in der chemischen Industrie üblichen System, die Unfälle — und auch die gewerblichen Vergiftungen — zuerst zu verheimlichen und dann abzustreiten. Unter solchen Umständen bildet die Zusammenstellung unserer Bahnhofsstelle, aus der wir nachstehend einen Auszug bringen, einen um so gewichtigeren Beweis für die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie.

Am 11. Januar hatte der Schlosser Magin am Chromlaugofen eine Reparatur auszuführen. Er rutschte dabei aus und kam in eine unbedeckte Nüde mit Chromlauge. Schwer verbrannt wurde es ins Krankenhaus gebracht.

Am 25. März platzte im Bau 35 (Stichstoffversuch) ein Hochdruckleitungsrohr. Das austretende Wasserstoffgas entzündete sich und setzte die Holzteile des Baues in Brand. Die Entzündung erfolgte explosionsartig, wobei an hundert Fenstereisen herausgeschleudert wurden. Die Arbeiter Hönig und Gehlein erlitten dabei erhebliche Brandwunden an Gesicht und Händen und wurden beide arbeitsunfähig.

Am 29. März arbeiteten die Arbeiter Karnz und Hammer in demselben Betrieb an der Schwefelsäureleitung. Als sie die Leitung säffneten, spritzte die unter Druck stehende Schwefelsäure heraus und verletzte beide sehr stark. Ihnen war versichert worden, daß kein Druck auf der Säure sei. Beide wurden arbeitsunfähig.

Am 17. April entzündete sich im Naphtholbetrieb ein Destillierkessel, wobei der Arbeiter Nowak an Kopf und Rücken stark verbrannt wurde. Sein Zustand war bedenklich.

Am 25. April war der Arbeiter Bittich im Safraninbetrieb mit der Reinigung eines Kessels betraut. Der Vorarbeiter schickte ihn zum zweiten Male in den Kessel zurück. Als Bittich wegen Unwohlseins den Kessel verließ, war es bereits zu spät. An schwerer Anilinvergiftung leidend, wurde ihm auf der Ambulanz der Magen ausgepumpt. Dabei verlor er das Bewußtsein. In diesem Zustand wurde er ins Krankenhaus eingeliefert, wo er erst am Sonntag früh, also nach circa 36 Stunden, das Bewußtsein wiedererlangte. Er schwebte lange zwischen Leben und Tod. Erst nach vielen Wochen konnte er aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Am 31. Mai brach im Safraninbetriebe der Arbeiter Jäger zusammen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Dessehalb wurde die Todesursache nicht bekannt. Wir gehen aber gewiß nicht fehl, wenn wir mit aller Bestimmtheit Anilinvergiftung annehmen. Die Anzeichen dieser Vergiftung waren vorhanden und die Anilinvergiftung führt außerordentlich schnell zum Tode. Der Fabrikarzt hat unsre Ansicht durch sein Schweigen bestätigt.

Am 31. Mai ereignete sich noch ein Unfall im Bau 256, Chloräffigsaure. Der Arbeiter Lohrer war mit dem Einfüllen der Apparate beschäftigt. Eine Leitung war verstopft. Bei Beseitigung des Hindernisses spritzte die unter Druck stehende Säure dem Lohrer ins Gesicht. Das linke Auge wurde stark beschädigt. Das Augenlicht ist gefährdet.

Am 2. Juni ereignete sich im Blankitbetriebe, Bau 379, ein schrecklicher Unglücksfall. Die Arbeiter Ortwein und Schwarz wurden in einen Kessel geschickt, um diesen zu reinigen. Kurze Zeit darauf wurden sie als Leichen aus dem Kessel geholt. Sie waren in den Kesselgäßen erstickt.

Am 22. Juli wurde der Arbeiter Philipp Kisch im Sulfatbetriebe durch herumspitzende Salzsäure verletzt. Er erlitt Brandwunden im Gesicht und an der Brust. Nach dem Unfall wurden im Betrieb Schutzbrillen ausgegeben.

Am 2. August sollte im Bau 254, altes Blankit, ein Apparat voll Schwefelsäure gedrückt werden. Es wurde irrtümlich eine Leitung mit Schwefelnatrium angeschlossen, wodurch sich Schweflige Gase bildeten. Acht Arbeiter wurden durch die Gase getötet. Fünf erholten sich im Freien bald wieder, drei mußten ins Krankenhaus geschafft werden.

Am 28. August verjagte ein Apparat im Indathrenbetriebe, der repariert war, aber vor der Betriebsaufnahme keiner Revision unterzogen worden war. Als die Arbeiter Louis Belge aus Maudach und Johann Bach aus Jagelbach die flüssige Farbe abdrücken wollten, entzündete dieselbe durch ein Reduzierventil und verletzte beide Arbeiter im Gesicht.

Am 30. Oktober wurde im Bau 435, Kohlenoxyd, ein frischer Arbeiter, der den Betrieb noch nicht kannte, durch austretendes Kohlenoxyd betäubt und von seinen Arbeitskollegen aufgefunden. Die Wiederbelebungsbemühungen hatten erst nach reichlich einer Stunde Erfolg. Nach dem Unfall wurde die Unfallgefahr teilweise beseitigt und die Arbeiter instruiert.

Bei Benutzung der Aborte des Anilinmagazins wurden im Oktober drei Arbeiter betäubt und mußten auf die Ambulanz geschafft werden. Durch die Abortanlagen wurden die Abfall-säuren geleitet. Die Leitungen waren unbedeckt, so daß die entweichenden Säuredünste direkt auf die Arbeiter einwirkten. Nachdem wiederholt Unfälle eingetreten waren, ließ die Fabrik diese Zustände ändern.

Im Laboratorium, Bau 287, wurde ein schwacher Junge von 14 Jahren zu schweren Arbeiten verwendet, wobei der Junge zu Fall kam und im Fallen eine Säureflasche zerbrach. Durch den Inhalt der Flasche wurde er an Händen, Füßen und im Gesicht verletzt, so daß er auf die Ambulanz getragen werden mußte, wo ihm der erste Verband angelegt wurde.

In demselben Laboratorium mußten Dr. Michel und vier Arbeiter die Arbeit einstellen, weil sie beim Laborieren mit Phosphor-oxhydrochlorid erkrankten.

Am 11. November verletzte sich der Arbeiter Bar im Indigo-betriebe beim Einfüllen von Indigo das Auge, wodurch er arbeitsunfähig wurde. Die Vorschrift, daß beim Einfüllen Schutzbrillen getragen werden sollen, wurde im Betriebe nicht befolgt. Bar hatte noch keine Schutzbrille zu sehen bekommen.

Am 17. November wurde im Oppauer Betriebe, Bau 5, beim Abstellen einer Kompressor ein Zylinderbedeckel abgeschleudert, wodurch die Arbeiter Krämer und Maschid schwer verletzt wurden. Maschid erlag am 2. Dezember seinen Verletzungen im städtischen Krankenhaus.

Am 28. November wurde der Arbeiter Döge aus Eidentoben durch austretende brennende Gase am Generator im Bau 2 in Oppau an Kopf und Händen verbrannt.

Am 23. Dezember fiel der verheiratete Arbeiter Schmann in einen Kasten mit lodendem Schwefelnatrium. Er erlitt am Unterleib und beiden Beinen schwere Brandwunden.

Am 29. Dezember wurde im Bau 5 in Oppau ein Arbeiter durch Stickstoff betäubt. Nur mit vieler Mühe konnte er unter Anwendung des Sauerstoffapparates ins Leben zurückgerufen werden. Am demselben Tag erfolgte im Bau 7 in Oppau eine Explosion, wobei ein Arbeiter am Arm Brandwunden davontrug.

Neben diesen Unfällen haben eine Reihe Explosionen im Oppauer Betriebe stattgefunden, die großen Materialschaden anrichteten. Menschenleben aber glücklicherweise nur einige Male gefährdeten.

Wir haben hier nur die Unfälle aus der erwähnten Zusammenstellung unserer Bahnhofsstelle herausgezogen, die für die chemische Industrie charakteristisch sind. Die längere Liste der sonstigen Unfälle, die sich, mit mehr oder minder erheblichen Abweichungen, auch in Großbetrieben anderer Industrien ereignen können, haben wir außer Betracht gelassen. Es lag uns nur daran, an diesem einen Beispiele wieder einmal zu zeigen, daß die Arbeiter in der chemischen Industrie Gefahren ganz besonderer Art ausgesetzt sind. Wobei zu beachten ist, daß die Verbrennungen und Verätzungen durch Säuren, Laugen, Gase usw. in der Regel sehr gefährliche, äußerst schmerzhaft und oft garlich veranlassende Verletzungen darstellen.

Explosionen und Brände in der Explosivstoffindustrie.

Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe gibt alljährlich eine Zusammenstellung der Explosionen und Brände in der Explosivstoffindustrie heraus. Darin werden nicht nur rein statistische Zahlen gegeben, sondern auch Angaben über die ermittelten oder vermuteten Ursachen der Explosionen und Brände gemacht. Wir geben nachstehend die Zahl der Unfälle und die Folgen in einer kurzen Tabelle wieder.

Es ereigneten sich	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der getöten Arbeiter	Zahl der Verletzten Arbeiter
Explosionen	25	22	61
Brände	3	2	16
Zusammen	28	24	77

Die Zahl der getöteten Arbeiter ist verhältnismäßig sehr groß; sie beträgt rund den vierten Teil aller von solchen Unfällen betroffenen. Auch die Zahl der insgesamt Verletzten ist höher als früher. Der Bericht führt als Ursache dafür zwei Massenunfälle an. Einer davon ereignete sich in einer Patronenfabrik; dabei wurden 12 Personen verletzt. Bei einer Explosion in einem Waschlause einer Nitroglycerinfabrik (der Bericht nennt Ort und Betriebe nicht; es dürfte sich jedoch um den erwähnten Fall um Allenborn-Schnebeck, in dem andern um Schleibusch handeln. D. R.) wurden 2 Personen getötet und 20 andere verletzt. In dem zuletztgenannten Betriebe wurde das Nitroglycerin durch Rohrleitungen aus einem Raum in den andern befördert. Bei der Explosion zeigte sich, daß diese Leitungen die Übertragung der Explosionen auf andre Gebäude verschuldeten. Beim Neuaufbau wurden die Leitungen deshalb nicht wieder eingebaut; das Nitroglycerin wird jetzt in Gummitankannen aus einem Gebäude in das andre getragen.

Als Ursache von Explosionen wurden in mehreren Fällen Zuwiderhandlung gegen erlassene Vorschriften oder Unvorsichtigkeit der Arbeiter ermittelt. In mehreren Fällen wird Selbstentzündung vermutet. Durch elektrische Entladungen oder Blitzschläge wurden keine Explosionen verursacht. Bemerkenswert muß, daß die Ermittlungen über die Ursachen nur in einem Bruchteil aller Fälle zu einem sicheren Ergebnis führten. In 13 Fällen blieb die Ursache der Explosionen unbekannt, in 13 weiteren wird sie nur vermutet und in ganzen sieben Fällen gilt sie als festgesetzt. Bei den Bränden ist es nicht anders. In 3 Fällen gilt die Ursache als festgestellt, in 14 andern wird nur vermutet. Wir erwähnen das, um darzutun, daß die Ermittlungen, soweit sie Arbeiter als Schuldige belasten, auch nicht unbedingt zuverlässig sind.

Von den Bränden ereigneten sich 15 in einem einzigen Betriebe. Leider werden über die Folgen dieser Brände nähere Mitteilungen nicht gemacht. Bemerkenswert ist, daß sich die längere Zeit nicht gereinigte Arbeitskleidung eines Arbeiters einer Nitroglycerinfabrik entzündete, als der Arbeiter vor einem Küchenherde stand. Die Kleidung war mit Chloratkaub durchsetzt gewesen, der sich in der Wärme selbst entzündet hatte. Das ist eine Warnung für Arbeiter, die mit ähnlich feuergefährlichen Substanzen zu tun haben.

Die Bleiweißfabrikanten als Terroristen.

Der Verband der Bleifarbenfabrikanten, der sich, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, durch ein besonders hohes Maß sozialer Einseitigkeit auszeichnet, gehört auch zu den eifrigsten Rufnern nach einem Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften. Auch er will „die persönliche Freiheit schämen gegen den Mangel der Organisationen“. Dieser selbe Verband unterhält aber eine gemeinsame Verkaufsstelle, das Bleiweißkontor. Und dieses Bleiweißkontor verhandelt in den letzten Wochen an seine Abnehmer sogenannte Rabattbriefe. Darin wird den Abnehmern ein Rabatt von 1/2 bis 3 Prozent — je nach der bezogenen Menge — eingeräumt unter der Bedingung, daß sie auf Ehrenwort verzichten, nur von dem dem Verkaufskontor angeschlossenen Firmen gekauft zu haben.

Das ist doch glatter Terror aller unorganisierten Bleiweißfabrikanten, ist gewollt und gewiß vielfach auch erreichte Geschäftsförderung der Unternehmer, die dem Bleiweißkontor nicht angeschlossenen sind. Und warum das? Damit diese Außenleiter, aus Angst, Kunden zu verlieren, zu ihrer Organisation kommen. Als Mitgliederfang durch wirtschaftlichen Druck. Wenn aber Arbeiter einem Mitarbeiter nur die persönliche Freundschaft kündigen, weil er sich von der Organisation fernhält, schreit die kapitalistische Meute schon über Vergewaltigung. Allen voran die Bleifarbenfabrikanten. Ja, wenn zwei daselbe tun . . .

Das bedrohte Kalimonopol.

Die Kali-Industrie Deutschlands besitzt ein natürliches Monopol. Während in Deutschland in den verschiedensten Gegenden Kali erbohrt wird, haben sich außerhalb Deutschlands noch keine abbaubereitigen Lager gefunden. Die ganze Welt ist also mit ihrem Kalibedarf auf Deutschland angewiesen. Diese für Deutschland ungemein günstige Lage kommt jedoch, dank unfruchtlicher Wirtschaft- und Eigentumsordnung, nur einer Handvoll Kapitalisten zugute. Die Gesamtheit des deutschen Volkes hat von dem Kalireichtum Deutschlands nur sehr wenig Nutzen, als wenn das Kali auf dem Monde läge, und die in der Kali-Industrie beschäftigten Arbeiter haben auch nirgends mehr als das nackte Leben. Somit nur geringe Gewinne sichern, aber für das deutsche Volk eine ziemlich nebensächliche Angelegenheit ist. Dabei sehen wir von der eigentlichen kapitalistischen Wirtschaft, die sich gerade in der Kali-Industrie gezeigt haben und noch zeigen, und die schon zu gesetzlichen Eingriffen geführt haben und weiter führen müssen, ganz ab.

In den letzten Wochen sind nun die Nutznießer des deutschen Kalimonopols in einige Aufregung geraten. Aus Spanien wurde nämlich gemeldet, daß dort in der Nähe von Barcelona Kali in abbaubereitigen Mengen angebohrt sei. Bewahrt sich diese Meldung, so ist natürlich Deutschlands Absatz in das Ausland bedroht und vor allem die seit herge Preisstellung nicht mehr aufrecht zu erhalten. Das hat auch das Kalisyndikat eingesehen und es hat sofort „die nötigen Schritte unternommen“, wie es im vorliegenden Kapitalistendeutsch heißt. Welcher Art diese Schritte sind, wurde bald bekannt. Das deutsche Kalisyndikat hat sich sofort nach Bekanntwerden der Kunde auf einem Teil des Geländes, wo das Kali erbohrt wurde, das alleinige Vorkrecht gesichert. Aber nicht etwa, um es auszuüben, sondern — um die Ausbeutung der angebohrten Felder zu verhindern. Sobald nämlich irgend jemand dort einen Schacht errichten und Kali fördern wird, will das deutsche Kalisyndikat ein Konkurrenzwerk errichten und den andern durch billigere Preise totkonkurrieren. Da das deutsche Syndikat über viel Geld, starke Nerven und reiche Erfahrungen verfügt, dürfte kaum ein andrer Kapitalist oder eine Kapitalistengruppe das Wagnis wagen wollen. Die spanischen Kalischnäbe werden also ungenutzt liegen müssen, weil die deutschen Kalischnäbe sich ihren Profit nicht schmälern lassen wollen. Das ist ein Vorgang, der den Widerstand unserer heutigen Wirtschaftsordnung drastisch illustriert.

Keramische Industrie

Die Steinzeugwarenarbeiter in Friedrichsfeld.

Unter den Schriften des Vereins für Sozialpolitik erschien vor einiger Zeit eine Schrift über Auslese und Anpassung der Arbeiterchaft in der Steinzeugwaren-Industrie von Dr. R. Keck, die sich mit dem Berufschicksal der Arbeiterchaft der Steinzeugwarenfabrik in Friedrichsfeld befaßt. Dieser Betrieb hat es außer durch seine Produkte auch durch den Lohnkampf vor zwei Jahren zu einiger Berühmtheit gebracht. Fast die gesamte bürgerliche Presse brachte damals spaltenlange Artikel, die den Managern erbringen sollten, daß für die Arbeiter auf das Beste gesorgt und der Lohnkampf deshalb unberechtigt, ja sogar frivol sei. Zu dieser Frage liefert die Schrift des Herrn Dr. Keck insofern interessantes Material, als sie das Urteil eines Unparteiischen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen darstellt, das schon im Jahre 1911, also vor dem Lohnkampf, gefällt wurde. Und nun zur Sache!

Die Steinzeugwarenfabrik Friedrichsfeld beschäftigte im Jahre 1910 durchschnittlich 570 Personen. Davon waren 17 Meister, 35 Handwerker, 124 Töpfer und 394 „ungelehrte“ Arbeiter (Former, Schleifer, Vorpresser usw.). Zu dem Kapitel „ungelehrte Arbeiter“ sei bemerkt, daß die Entwicklung der Technik auch hier die Grenzen zwischen Gelehrten und Ungelehrten immer mehr verwischt, so daß unter den Töpfern schon eine Anzahl Arbeiter rangiert, die eine bestimmte Lehrzeit nicht absolviert hat.

Von den ungelerten Arbeitern sagt Dr. Keck, daß die Not es sei, die sie veranlasse, in der „Steinzeug“ Arbeit zu nehmen. Sie zögen den schulentlassenen Knaben, sich sofort nach einer Tagelöhnerstelle in einer chemischen oder Gummiabrik umzusehen und dann später in der „Steinzeug“ Arbeit zu suchen, falls er es nicht vorziehe, sofort in dieser als Einwerfer an der Presse oder als Hilfsarbeiter an den großen Scheiben zu arbeiten. Die Tagelöhnerarbeit sei eine reine Unterschlupfstelle für bankrotte Handwerker, Krämer, Gaft- und Landwirte, denen es oft sehr erwünscht sei, „alle 14 Tage 40 Mark einzunehmen“. Weiter wird mitgeteilt, daß der Wochenverdienst der ungelerten Arbeiter wöchentlich 21 bis 25 Mark betrage, während sich die Vorarbeiter derselben Kategorie auf 26 bis 28 Mark stellten. Damit ist gesagt, daß die große Mehrzahl der Steinzeugarbeiter mit ihrem Lohn bedeutend unter dem Existenzminimum steht, das die bürgerliche Regierung als zum Leben notwendig bezeichnet hat. Die genannten Löhne wären aber wahrscheinlich noch niedriger, wenn die Nähe der Stadt Mannheim und der dadurch veranlaßte Arbeiterwechsel nicht eine lohnsteigernde Wirkung ausübte. Nach Dr. Keck wolle 26 Prozent der Ungelehrten in hundert Wechsel des Arbeitsverhältnisses hin und her wogern, was wohl der beste Beweis für die Unzulänglichkeit der Löhne sein dürfte.

Der Wochenverdienst der Töpfer, Grobformer und Spezialarbeiter schwankt zwischen 25 und 35 Mark und erreicht in einzelnen Fällen 50 Mark und darüber. Diese Löhne, die keineswegs hoch zu nennen sind, schließen aber nicht nur den Ertrag des Selbstantreibesystems in sich, sondern auch das Risiko, das die Arbeiter für ihre Arbeit bis nach erfolgtem Brand ihres Produktes zu tragen haben. Dieses Risiko, die Sorge um ihren Verdienst, raubt den Arbeitern manche Stunde freie Zeit, indem sie des Abends und auch häufig des Sonntags gezwungen sind, den Verlauf des Trockenprozesses ihrer „Arbeit“ zu beobachten und zu

regeln. Weiter ist dabei zu beachten, daß es sich bei diesen Arbeitslöhnen nur um erste Arbeitskräfte dreht. Dr. Red schreibt nämlich dazu: „Ein zu langamer Uffordarbeiter nutzt das fixe Kapital nicht genügend aus, auch wenn es sich nur um die Kosten seines Arbeitsplatzes handelt; auch er wird entlassen, wenn er bauend unter einem von ihm verlangten Minimalverdienst bleibt.“ Wenn trotz dieser nicht sonderlich verlockenden Verhältnisse der Arbeiterwechsel nur gering ist, so ist dies nicht in der Zufriedenheit der Arbeiter begründet, sondern in der geringen Möglichkeit, sich innerhalb des Berufes zu verbessern. „Was den Löhner zum Weiben bringt, ist der Vorteil, daß seine Arbeit lokal selten ist“, meint Dr. Red. Die Seltenheit der Arbeit ist aber mehr ein Vorteil für den Unternehmer als für den Arbeiter, da selbst der für eine Spezialarbeit eingetübte Arbeiter immer noch leichter zu ersetzen ist, als es ihm gelingt, besser bezahlte Arbeit zu erlangen.

Nach alledem dürften sich die Lohnverhältnisse in der „Steinzeug“- außer bei den Meistern, die monatlich 170—250 Mark erhalten — nur bei wenigen Arbeitern als ausreichend erweisen. Dr. Red führt ja auch an, daß die Arbeiter um des Nebenverdienstes willen des Abends nach Feierabend „noch ins Feld gehen“, um die eigene oder gepachtete Landparzelle zu bearbeiten. „Die freie Zeit dient neben der Erholung dem Nebenverdienst“, schreibt Dr. Red wörtlich. Dies geschehe außer der Bewahrung des Stückes Ackerlandes dadurch, daß die ehemaligen Handwerker ihrem früheren Beruf nachgingen und entweder Sonntags raffierten oder Sonnabends nachts baden helfen, Anzüge anfertigen oder ihren Nachbarn die Stiefel besohlen, zum Tanze aufspielen usw. Besser kann die Dürftigkeit der Arbeitslöhne wohl nicht illustriert werden, da nicht anzunehmen ist, daß die Friedrichsfelder Steinzeugarbeiter aus Vergnügen das bißchen freie Zeit, das ihnen die tägliche Arbeitsfron noch läßt, der Würgererei opfern.

Das „Verursachung“ der genannten Arbeiterchaft skizzierte Dr. Red mit folgenden Strichen. Der Umstand, daß die Lehre in der „Steinzeug“ bezahlt werde, genüge häufig, junge Leute vom Erlernen eines Handwerks abzuhalten oder ihnen das Erlernen der Töpferei möglich zu machen, wenn es ihnen obliege, einen Teil zur Versorgung der Familie beizutragen. Damit wird gesagt: Der Kampf um die Existenz zwingt die Arbeiter, ihre Kinder in die „Steinzeug“ zu schicken, weil sie dort sofort einige Groschen verdienen, die zur „Versorgung der Familie“ nötig gebraucht werden. Ist der junge Mann dann in das Alter der Ehe geschleht getreten, so ist nach Dr. Red „die ökonomische Basis dieser Proletariatschicht, daß der Mann ein Beruf hat“.

Nach einem Leben der Würgererei in und außer der Fabrik kommt der Schlußeffekt, von dem Dr. Red sagt: „Ihnen (den Töpfern) geht es genau so wie den Tagelöhnern, deren einziger Trost fürs Alter das kleine Stück Almende bleibt, und die sich gegen alle Sorgen einen Schutz darin suchen, daß dann ihre Kinder groß sind, und wenn gar nirgends mehr Hilfe zu erlangen sei, die Gemeinde ihnen bei Weg- und Straßenarbeiten Beschäftigung geben werde.“ Wir haben diesem Bild nichts hinzuzufügen. Herr Dr. Red ging, wie er selbst mittel, monatelang in Betriebe ein und aus, verkehrte während dieser Zeit ständig mit den Arbeitern, besuchte sie in ihrer Behausung, um ihre Verhältnisse zu studieren, er muß also wissen, wie es bei ihnen bestellt ist.

Und die Ursachen dieser Existenzbedingungen? Dr. Red sagt an einer Stelle: „Es ist wohl nicht zu weit hergeholt, an den rein menschlichen Zusammenhang zu denken, daß dem, der das frühesten Fabrikproletariatskind noch miterlebt hat, die geistige Verbindung mit einem höher stehenden Dasein vollständig verloren gegangen ist.“ Dies dürfte der Schlüssel für unsere Frage sein. Es fehlt noch häufig der Gedanke an die Möglichkeit und Notwendigkeit einer Besserung. Und das ist wiederum das Resultat der geringen geistigen Regsamkeit eines Teiles der Arbeiter, die nach Dr. Red in der Lektüre einer Festschrift besteht und auch durch das Hinzukommen irgend eines Feiertags- und Sonntagsblätterchens nicht sonderlich gehoben werde. Was an Büchern gelesen werde, sei äußerst geringwertig. Romane bildeten die Hauptlektüre der jüngeren, und Kriegsbücher der älteren Arbeiter. Was sozialdemokratisch gemüht sei, lese die Mannheimer Parteizeitung, die auf einem ganz andern Niveau stehe als die Lokalblätter.

Das Studium von Kriegsbüchern kann für die Arbeiter von Vorteil sein, wenn sie daraus Mut, Entschlossenheit und Opferwilligkeit für den wirtschaftlichen Kampf schöpfen wollten. Es scheint aber, als lägen sie sich allzu sehr von der Feigheit und Kriechhaftigkeit der Besiegten beeinflussen. Das Organisationsverhältnis läßt wenigstens nicht darauf schließen, daß sich die Leier der Kriegsgeschichten als Sieger fühlen. Und diese seien besonders auf die Worte Dr. Reds zu verweisen: „Das äußere Leben des Arbeiters wird rein von der Tatsache geregelt, daß er bloß seine Arbeitskraft besitzt, und und daß er, um leben zu können, sich ihrer als einzigen „Lebensmittels“ bedienen muß; wir nennen es darum Berufs-schicksal. Nicht allen Gesellschaftsmitgliedern ist äußeres Leben gleich Berufs-schicksal; nur für den Arbeiter besteht das ganze Leben in einer Haft nach bringendster Bewertung seiner selbst.“

Es ist dies zwar keine neue Weisheit, aber aus bürgerlichem Stande wiegt sie schwerer. Die „Haft nach bringendster Bewertung“ der Arbeitskraft äußert sich in den 16 Prozent Dividenden, die fast jährlich von den „Gesellschaftsgliedern“ geschluckt werden, die ihr „Berufs-schicksal“ darin sehen, den Ertrag fremder Arbeit anzuhängen. In 16 Jahren haben die Aktionäre 248 Prozent — das sind durchschnittlich pro Jahr 15,5 Proz. — Dividende erhalten. Der erste Reingewinn betrug in den Jahren 1909—1912 insgesamt 1912 409 Mark, und im Jahreswechsel ist ein Nettogewinn von 11 1/2 Millionen Mark aufgeschichtet. Die Herren Aktionäre der „Steinzeug“ können deshalb auch ruhig auf eine gute Ernte rechnen, sie können sich dem „höher stehenden Dasein“ widmen, während die Arbeiter noch teilweise Kriegsgeschichten lesen. Können sie dabei nicht ihre Zeit verbringen.

— **Erhöhung der Zementpreise.**

Wie wir schon in voriger Nummer berichteten, hat die Kammerrichtung des Reichs-Verwaltungsrates für die Zementindustrie einen Bescheid erlassen, der die Zementpreise auf die Höhe von 220 bis 250 Mark pro 1000 Kilogramm festsetzt. Dies ist eine erhebliche Erhöhung gegenüber den bisherigen Preisen von 180 bis 200 Mark. Die Zementindustrie hat sich diesem Bescheid nicht ohne Protest hingestellt. Sie behauptet, daß die Zementpreise durch die hohen Kosten der Rohstoffe und die hohen Kosten der Fertigung auf die Höhe von 220 bis 250 Mark festgesetzt werden müssen. Sie behauptet ferner, daß die Zementpreise durch die hohen Kosten der Rohstoffe und die hohen Kosten der Fertigung auf die Höhe von 220 bis 250 Mark festgesetzt werden müssen.

In Beschie, nur 2 000 000 Kilogramm zu 27 Mark (20,50 M.), Portlandzementfabrik Cronenberg, A.-G., in Wismar, nur 3 000 000 Kilogramm zu 27 M. (23,75 M.), Vereinigte Harzer Portlandzement- und Kalkindustrie in Elbingen, nur 500 000 Kilogramm zu 27 M. (23,20 M.), Portlandzementfabrik Leukonia, A.-G., in Wismar, die gesamte Menge von 5 500 000 Kilogramm zu 28,10 M. (24,40 M.), Hannoverische Portlandzementfabrik, A.-G., vormals Kuhlmann u. Meyerstein in Hannover, 28,15 M. (20,50 M.), Norddeutsche Portlandzementfabrik, A.-G., in Wismar 30 M. (24,50 M.), Portlandzementfabrik Alemannia, A.-G., in Göttingen bei Hannover 30,25 M. (23,90 M.), Portlandzement- und Kalkwerk Burania, A.-G., in Werra i. B. 30,75 M., Bunthorfer Portlandzementwerke, A.-G., in Wunstorf 31 M. (20,50 M.), alles für je 1000 Kilogramm ohne Säck.

Wie die Vergleichsziffern ergeben, sind teilweise sehr erhebliche Preisaußerungen zu verzeichnen; so beträgt die Mehrforderung der Bunthorfer Portlandzementwerke, A.-G., in Wunstorf fast 10 M. für die 1000 Kilogramm, das ist seit dem Juli vorigen Jahres gewiß eine ansehnliche Aufbesserung der Zementpreise. Die Preissteigerung des billigsten Angebots beträgt mithin pro 1000 Kilogramm 6,5 Mark. Bei der oben genannten Lieferung von 5 500 000 Kilogramm bedeutet dies ein Ertragsverlust von 38 075 Mark, der auf das Konto des Zusammenstufes der Zementfabriken zu buchen ist. Da das Zementmonopol bis 1925 abgeschlossen ist, sind es natürlich Millionen von Mark, die den Unternehmern als Segen ihrer Einigkeit zufließen. Wollen sich die Zementarbeiter dabei nicht um ihren Anteil betragen lassen, so ist es Zeit, dem Beispiel der Unternehmer nachzueifern.

— **Aus den Ziegelsteinlinien.**
Die Gewerbeordnung enthält in den Paragraphen 115 bis 119 das Verbot des Trucksystems. Nach § 115 sind die Gewerbetreibenden verpflichtet, die Löhne ihrer Arbeiter in Reichswährung zu berechnen und bar auszuzahlen. Sie dürfen den Arbeitern keine Waren kredittieren. Doch ist es gestattet, den Arbeitern Lebensmittel für den Betrag der Anschaffungskosten, Wohnung gegen die ortsüblichen Mietpreise unter Anrechnung bei der Lohnzahlung zu verabfolgen. Gewerbetreibende, die dieser Bestimmung zuwiderhandeln, können mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark und im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden.

Wie lag aber diese Art Bestimmungen der Gewerbeordnung behandelt werden, zeigt das Ergebnis einer Anzahl Prozesse, die vor dem Chemnitzer Schöffengericht verhandelt wurden und in denen sich Ziegelmeister wegen Vergehens gegen den § 115 der Gewerbeordnung zu verantworten hatten. Hier wurde festgestellt, daß in den Ziegelsteinlinien des Chemnitzer Bezirks in den letzten zwei Jahrzehnten das Trucksystem in schönster Blüte stand, daß niemand Anstoß daran genommen und die Ziegelmeister an der Ausbeutung ihrer Arbeiter gehindert hat. Die Ziegelsteinlinien werden regelmäßig von den Ziegelmeistern betrieben. Hier, Simonabe, Schnaps, Wurst, Speck, Zigarren, Zigaretten und andre Nahrungs- und Genussmittel müssen die Arbeiter in der Kantine kaufen. Der Ziegelmeister nimmt für die Flasche Bier oder Simonabe 2 Pf., für das Pfund Wurst 5 Pf., für den Liter Branntwein 20 Pf. Verdienst für sich, und auch die andern Waren verkauft er mit Preisauflage, kreidet die Beträge an und verrechnet sie auf den verdienten Lohn. Die Arbeiter kommen dadurch in ein Abhängigkeitsverhältnis zu dem Ziegelmeister, das in der Regel damit endet, daß der Lohn in den meisten Fällen des Ziegelmeisters verschwindet.

Einer der beschuldigten Ziegelmeister wollte durchaus nicht begreifen, daß er sich durch sein Verhalten strafbar gemacht habe. Seit 18 Jahren ist er in Ziegelsteinlinien des Chemnitzer Bezirks Ziegelmeister gewesen und während dieser Zeit ist er in seinem Kantinebetrieb nicht gestört worden. Er erklärte, daß es im Chemnitzer Bezirk Usus sei, daß die Lebensmittel mit einem Preisauflage durch die Ziegelmeister an die Arbeiter verkauft würden. Das geschehe aber auch in andern Bezirken. Von der Bestimmung des § 115 der Gewerbeordnung wollten die Angeklagten keine Kenntnis haben, auch bestritten sie, daß sie selbständige Unternehmer seien. Das Gericht verurteilte jeden Angeklagten zu zehn Mark Geldstrafe. In der Urteilsbegründung wurde darauf hingewiesen, daß das Gericht nicht selbständige Unternehmer, sondern nur Beauftragte in den Angeklagten gesehen habe; im übrigen habe die Verurteilung erfolgen müssen, da Gesetzeskenntnis vor Strafe nicht schütze.

10 M. Geldstrafe! Damit glaubt man die jahrelang von den Meistern betriebenen Truckereien gestoppt zu haben. Diese Art „Strafen“ müssen geradezu zur Gesetzesberlegung anregen.

Papier-Industrie

Moderne Sklavinnen.

Ohne Rücksicht auf das Geschlecht, gleichgültig ob Mann, Frau oder Kind, alles zieht der Drachen Kapitalismus in den Bereich seiner Krallen. Einen kleinen Teil hebt er auf den Sonnenplatz aller irdischen und menschlichen Genüsse und Ertragsenschaften, den übergroßen Teil aber läßt er bei langer, schwerer Arbeit darben und hungern. Zu den Ausgebeuteten und Entrechteten gehört unzweifelhaft auch die Papierarbeiterchaft, insbesondere aber die Frauen und Mädchen. Noch lange ruht die „Gnädige“ des Besitzers oder Direktors in den seidenen Kisseln, da steht die Proletariermutter schon stundenlang an der Arbeit, trotzdem sie vorher noch ihre Lieblinge reinigen, mit Speise und Trank versehen, zur Schulhefuche herrichten oder gar noch tagsüber zu fremden Leuten in Pflege gehen muß. 58 Stunden wöchentlich steht die „Haderweber“, wie die Lumpensortiererin von Professor Richter stolz genannt wird, zwischen Berge von Lumpen, Staub und schlechte Dünste einatmend. Trotzdem die Unternehmer die Gesundheits-schädlichkeit der Lumpensortierarbeiten abtönen, hat sich eine württembergische Papierfabrik, nach Erkennung einer Arbeiterin an den Pöcken, veranlaßt gesehen, ihre Arbeiterinnen, besonders Neueintretende vor der Annahme, impfen zu lassen. Gleich und eingefallen, den Stempel der Proletarierkrankheit auf der Stirn, schreiten diese Arbeiterinnen nach mehrjähriger Tätigkeit in diesen Betrieben einher. Trotzdem werden sie oft mit Stundenlöhnen von 15 bis 20 Pfennig abgepeift.

Unter sehr traurigen Verhältnissen leben auch die Arbeiterinnen der Papierfäbr. Neben der Einatmung des Papierstaubes haben sie noch schwere körperliche Arbeit zu leisten. Die niederen Aufordränge zwingen die Sortierinnen zu erhöhten Leistungen. Nicht selten sieht man Arbeiterinnen bis zu 50 Kilogramm Papier, auf den Unterleib gestützt, von den Schneidemaschinen nach ihren Arbeitsplätzen schleppen. Die Folge davon bilden Magen- und Unterleibsleiden. Um den Ausschlag und die Fehlfarben bei der Sortierung herauszubekommen, ist ein scharfes Auge sowie außerordentliche Gewandtheit der Hände erforderlich.

Körperlich etwas weniger schwer, geistig desto anstrengender ist die Arbeit der Zählerinnen und Rechnerinnen. Augen- und Kopfschmerzen sind bei diesen Arbeiterinnen sehr häufig. Im Vergleich zu diesen anstrengenden Arbeiten ist die Bezahlung traurig. Löhne von 6 bis 12 Mark wöchentlich bilden die Regel; nur bei wenigen Firmen wird ein höheres Einkommen erreicht. Nach unserer Statistik betrug der Durchschnittslohn im Reich für diese Arbeiterinnen ganze 18,1 Pfennig pro Stunde.

Trotzdem nun die Papierfabriken die Leiden ihrer Arbeiterinnen sehen mußten, sind sie die größten Feinde jeder Arbeiterbewegung. Besonders scharf kämpfen diese Herren gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit. Als im Jahre 1908 der Reichstag den Gesetzentwurf über den 10stündigen Normalarbeitstag für

Frauen annahm, schwafelte der Generalsekretär Ditzges von einem „Danergereschenk für die deutsche Industrie“, welches „den damit beglückten Arbeiterinnen selbst als unannehmbare Erscheinung“. Als „geradezu unglücklich“ bezeichnete Herr Ditzges die Bestimmungen, daß in Zukunft den erwachsenen Arbeiterinnen nach vollendeter Arbeitszeit keine Arbeit mehr nach Hause gegeben werden dürfte.

Trotz ihrer bodenlosen Rücksichtslosigkeit haben derartige Ausführungen etwas Gutes an sich, sie zeigen der Arbeiterchaft wenigstens die soviel gepriesene Unternehmerfürsorge der Papierindustriellen in ihrem wahren Lichte.

Für die verheirateten Arbeiterinnen tritt noch die Hausarbeit und die Erziehung der Kinder zu der ohnehin schon zu langen und schweren Arbeit. Selbst am „Tage des Herrn“, am Sonntage, kommen sie aus dem Arbeitsloch nicht heraus. Für sie gilt, was Thomas Ford im „Lied vom Semde“ sagt. (Gedicht ist am Schluß.)

Versucht aber der Fabrikarbeiterverband einmal, etwas Aufklärung und Licht in dieses elende Dasein der Arbeiterinnen zu bringen, flugs sind auch schon die Pfaffenröschel und Unternehmer-söldlinge auf den Beinen, die Papierarbeiterchaft vor „Verirrungen“ zu bewahren.

Die Behandlung der Arbeiterinnen läßt gleichfalls noch sehr viel zu wünschen übrig. Wer erinnert sich nicht noch des berühmten „Wascham am Baum“ bei Niesbach und der verschiedenen andern Fabeln, welche die Spalten des „Proletariats“ schon geschmückt haben. Leider lebt noch ein großer Teil der Papierarbeiterinnen gleichgültig und unaufgeklärt dahin; sie für den „Verband der Fabrikarbeiter“ zu gewinnen und zum Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu wecken, ist unsere Aufgabe.

Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Sobald der Haushahn wack!
Und Schaffen! Schaffen! Schaffen!
Bis die Sterne glüh'n durchs Dach!
O, lieber Sklavin sein
Bei Türken oder Heiden,
Wo das Weib keine Seele zu retten hat,
Als so bei Christen leiden. St.

+ **Ein neues Arbeiterschutzgesetz für die Papierarbeiter.**

Neben der chemischen Industrie ist es besonders die Papierindustrie, die unbestimmt um die Gesundheit ihrer Arbeitsbiener dieselben täglich 12 Stunden und mehr teils in heißer, teils saureburchtränkter Luft arbeiten läßt. Besonders die deutsche Papierindustrie steht mit ihrer 24stündigen Beschäftigung, ihrer Sonntags- und Feiertagsarbeit in den Zellulosefabriken immer noch in der Welt voran. Die auf freier Grundlage aufgebauten Gewerkschaften sowie die Sozialdemokratie aller zivilisierten Länder fordern schon seit Jahrzehnten Verkrüftung der Arbeitszeit und das Dreißichtensystem in kontinuierlichen Betrieben. Endlich sind diese Forderungen teilweise in Erfüllung gegangen. Am 1. Dezember 1913 ist ein Gesetz in Kraft getreten, nach welchem der Minister des Innern die tägliche Arbeitszeit in gesundheits-schädlichen Betrieben für alle über 18 Jahre alten Arbeiter begrenzen kann. Der Arbeitsrat hat durch Besuche die einzelnen Industrien studiert, über die Gesundheits-schädlichkeit der Betriebe sich durch eine extra hierzu veranstaltete Krankenstatistik orientiert und außerdem die Gutachten der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände eingeholt. Auf Grund dieser Studien hat derselbe die Arbeitszeitverkürzung für die chemische und für die Papierindustrie anerkannt, allerdings nicht in Preußen-Deutschland, sondern in — Dänemark. Trotzdem haben die dänischen Papierindustriellen weber Fleite gemacht, noch den Durchbruchfall bekommen, sie entwickelten sich in kommerzieller und körperlicher Hinsicht ausgezeichnet und freuen sich diebisch über die gegenseitige Schmutzkonturen ihrer deutschen Kollegen.

Während unsere dänischen Kollegen sorgsam über die Ausführungen dieses Gesetzes wachen, schläft der überwiegende Teil der deutschen Papierproleten mit der Pipelmütze über den Ohren und träumt von Titeln und Diplomen aus Pappenbedel.

+ **Groschen.**

Mit dem 1. Januar wurde bei der Firma C. F. Leonhardt Söhne in Grotzen eine von G. Paul Leonhardt aus Anlaß seiner Ernennung zum Kommerzienrat gestiftete Beamten- und Arbeiter-Erntelasse in Kraft gesetzt, wozu der Herr den Grundstock am Weihnachtsheiligenabend mit der Summe von 10 000 M. gelegt hatte. Ein Teil der bürgerlichen Presse bemüht sich nun, dieses Wohlwollen der Firma in alle Welt hinauszuposaunen: Wir wollen deshalb die Sparbedingungen einer etwas kritischen Beleuchtung unterziehen. Nach einjähriger Tätigkeit erhält der Arbeiter oder Beamte ein Sparkonto erreicht, doch verschweigt die Firma scharfhaft die Höhe der geschenkten Einlagen, welche mit 5 Prozent verzinst werden. Die Firma weist alle Jahre 1 Prozent des gesamten Sparguthabens als Sparprämie aus, wovon die eine Hälfte verteilt und die andre ausgelost werden soll. Wenn also ein Arbeiter vor Woche 1 M. spart, was einer kinderreichen Familie bei einem Einkommen von wöchentlich durchschnittlich 21 M. kaum möglich sein wird, so hat er im Jahre 52 M. gespart und erhält dann 1/2 Prozent Erntezinsen oder jährlich ganze 26 Pfennige während eine Lohnserhöhung von täglich nur 1 Pf. pro Jahr schon mehr als 2 M. ausmachen würde. Militärpflichtige sucht die Firma dadurch an den Betrieb zu fesseln, daß derjenige eine Sonderprämie erhält, der während seiner Militärzeit bei der Abhebung seiner Spargelder eine gewisse Grenze nicht überschreitet und sofort wieder in das Loch der Firma zurückfällt. Die dritte Prämienart ist eine sogenannte „Schmüßerprämie“, welche nur derjenige erhält, welcher „beharrlich spart“ und der Firma „Treue bewahrt“. Nach Unternehmerbegriffen heißt aber „Treue bewahren“ jebiel wie keine Wohnforderungen stellen und jede Behandlung ruhig einfinden. Wenn ein Arbeiter 25 Jahre wöchentlich mindestens 1 M. gespart hat, erhält er als Sparprämie 600 M. Der Arbeiter hat also eine Einlage von 1300 M. gemacht; rechnen wir den Zinsfuß der Sparlaffen mit 3 1/2 Prozent dazu, so ergibt das mit Zinseszinsen einen Betrag von 2154 M. Da aber die Firma eine Verzinsung der Spareinlagen mit 5 Prozent verspricht, so sehen die so viel gepriesenen Prämien recht windig aus. Eine Verzinsung mit 5 Prozent, die Zinseszinsen am Jahres-schluß berechnet, macht in 25 Jahren über 2526 M. Würde man aber die Methode der monatlichen Verzinsung wie in den Sparlaffen anwenden, so würde sich eine Summe von rund 2600 M. ergeben. Nach einem Bericht der „Allgemeinen Zeitung“ in Chemnitz soll aber der Sparbetrag nebst Zinsen und Prämien in 25 Jahren ca. 2000 M. betragen. Da derselbe aber nach unserer Berechnung rund 2600 M. ausmacht, so bleiben denn dann die verchiedenen Prämien und insbesondere die Sparprämie von 600 M., welche nach 25jähriger Sparzeit dem Sparer geschenkt werden soll?

Wie uns scheint, spekuliert man hier auf die Schar mancher Arbeiter vor dem Rechen. Die Firma aber hat nicht nur eine billige Reklame, sondern sie erschwert durch diese Praktiken auch Lohnforderungen ihrer Arbeiter.

Die Arbeiterchaft der Firma C. F. Leonhardt sollte es sich doch noch einmal überlegen, ob solche Wohlthatigkeitssellen in ihrem Interesse geschmiedet werden. Wenn es einem Arbeiter möglich ist, sich einige Notgroßen abzugewahren, so bieten die städtischen Sparlaffen eine vorzuziehende Anlagestelle. Wenn diese Kasfen aus 1—2 Prozent weniger Zinsen begablen als die Fabrikparlaffe, so brauchen die Arbeiter doch wenigstens nicht für ihre verdienten Spargroschen, aus Treue und Dankbarkeit vor dem Unternehmer, auf den Knien zu rutschen.

Die rentableste Sparlaffe für die Papierarbeiter aber ist der „Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands“. Derselbe leistet für die bei ihm bezahlten Beiträge nicht nur ganz ansehnliche Summen für Kranken-, Arbeitslosen-, Rentenunterstützung, Sterbe- und Unzulage-schütz sowie Rechts-schutz, sondern er erblüht seine vornehmste Aufgabe darin, die Arbeitskraft seiner Angehörigen von den Unternehmern möglichst hoch bezahlen zu lassen. St.